

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 17.

Berlin, den 7. Januar 1917.

11. Jahrgang.

An unsere Mitglieder!

Viele unserer Mitglieder sind durch ihre berufliche Tätigkeit derart in Anspruch genommen, daß sie von den Funktionären unserer Organisationen, die ihnen das Mitteilungsblatt zustellen wollen, nicht in ihrer Wohnung angetroffen werden können. Andere wieder werden durch den Heeresdienst, dann aber auch in nächster Zeit unter der Wirkung des Hilfsdienstgesetzes oder in der freien Ausübung ihrer Berufstätigkeit gezwungen, wenn auch nur vorübergehend, ihren Wohnsitz zu wechseln. Um all diesen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, überall schnell und möglichst billig

das Mitteilungsblatt

zu beziehen, und um ferner auch den in den Vororten Groß-Berlins wohnenden Genossen das Organ der Berliner Parteibewegung auf dem schnellsten Wege zustellen zu können, haben wir dessen Eintragung in die

Postzeitungsliste

veranlaßt. Das Mitteilungsblatt kann also von jetzt ab **durch jedes Postamt** zum Preise von 72 Pfennig für das Vierteljahr (einschließlich Bestellgeld) **frei ins Haus** bezogen werden.

Angeichts der Bedeutung, die unter den gegenwärtigen Zeitumständen das Mitteilungsblatt für unsere Berliner Parteibewegung und unser Organisationsleben hat, bitten wir, recht zahlreich von der Möglichkeit des Postabonnements Gebrauch zu machen. Gleichzeitig erinnern wir die Mitglieder unserer Groß-Berliner Organisationen an ihre Pflicht, für die Weiterverbreitung des Mitteilungsblattes mit allen Kräften Sorge zu tragen.

Mit Parteigruß

Der Aktionsauschuß. J. A.: Adolf Hoffmann.

Versumpfen und Versanden.

In der letzten Nummer des verflossenen Jahres hat im Vorstands-Vorwärts Friedrich Stampfer, der journalistische Anwalt der Vorstandsdictatur und Inspirator der Scheidemännlichen Kriegs- und Friedenspolitik, in einem langen Artikel „das Friedensjahr 1917“ begrüßt. Unter manches, was dort über die wirtschaftlichen und politischen Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie gesagt wird, ließe sich im Einzelnen ernsthaft reden, wenn der diplomatisierende „Realpolitiker“ Stampfer seine ganze Neujahrsbetrachtung nicht aufgebaut hätte auf dem sandigen Grunde jener parteioffiziösen Kriegsmoral, die zwar viel von Frieden redet, gleichzeitig aber freudig dem Kriegsgotte jedes gewünschte Opfer bringt. Und da die Regierungssozialisten aller kriegsführenden Länder in gleicher Weise handeln, kann das Völkerringen noch jahrelang fort dauern. Die Leute vom Geiste Stampfers werden sich trotz

aller sentimentalischen Friedenswünsche damit abfinden, denn mit der kritiklos aufgestellten und zum partei-offiziösen Dogma dekretierten These vom „Verteidigungskrieg“ kann man noch viele Jahre in der Gefolgschaft der kriegerischen Gewalten bleiben. Eine klare, unzweideutige und energische Friedensarbeit, wie sie den durch keine Staatsmännerei und Regierungsträgerei verwässerten Grundätzen der Sozialdemokratie entspricht, kann mit solchen Anschauungen nicht geleistet werden. Denn die Kräfte, die im feindlichen und neutralen Auslande zum Frieden drängen, werden durch das Verhalten unserer Kriegssozialisten mißtrauisch gemacht und gelähmt; die Regierungssozialisten der anderen Länder aber, die der gleichen Kriegsmoral huldigen, werden dadurch erst recht in die Arme ihrer kriegerischen Regierungen getrieben.

Das Schicksal des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember sowie dessen parlamentarische Begleiterscheinungen sollte für uns Sozialdemokraten eine bittere Lehre sein.

Mittwoch, den 10. Januar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Doch von all diesen wichtigen Kriegs- und Friedensfragen kann und darf an dieser Stelle nicht ausführlich und mit der Gründlichkeit, die sie verdienen, geredet werden. Dafür wollen wir uns etwas eingehender mit der Stelle in Stampfers Neujahrsbetrachtung befassen, die von den Gegensätzen in unserer Bewegung spricht. Stampfer faßt sein Urteil über das Wesen der Opposition in folgenden Sätzen zusammen:

„Von dieser Konzentration aller tätig aufstrebenden Kräfte sollen aber auch diejenigen sich nicht ausschließen, die ihr Leben lang im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse mit uns Schulter an Schulter standen, bis uns der Streit der Meinungen, der aus dem Kriege entstand, auseinanderriß. Dieser von dem Hauptstrom der Bewegung abgezweigte Arm ist zu hoffnungslosem Versumpfen und Versanden bestimmt, wenn er nicht den Weg zum breiten Strombett zurückfindet. Die Rechthaberei der rückwärts Gewandten, der mit dem Lauf der Weltgeschichte Unzufriedenen kann der Arbeiterklasse nicht den Weg nach vorwärts weisen. Los von diesem Legitimismus des Prinzips, von diesem zum Absterben verurteilten Geist der Absonderung und Zersplitterung!

Wie denn? Wir wollen die Welt verändern und sollten diese Arbeit damit beginnen, daß wir unsere Kräfte in sinnlos gewordenen Kämpfen um Vergangenheit aufreiben und vergeuden? Wir sollten die Kraft von vier Fünfteln unserer Abgeordneten, drei Vierteln unserer Schriftsteller, neun Zehnteln unserer Gewerkschaftsvertreter brachlegen, weil sie in schwerer Zeit nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu ihrem Volke standen — und dann? Um wieviel Schritte wird dann wohl die leidende Menschheit ihrem Glücke näher gekommen sein?

Noch einmal ganz von vorne anfangen? Nimmermehr!“

Ein ärgeres Zerrbild der Anschauungen, die nicht in der Fraktions- und Vorstandspolitik und in der Stampferschen Weisheit aller sozialdemokratischen Pflichten letzte Forderung erblicken können, ist wohl noch nicht entworfen worden, als es hier in diesen Zeilen geschieht. Stampfer macht es hier, wie es Canow und so manche andere schon getan haben, einen Popanz der Opposition zurecht und haut und sticht dann tapfer drauf los. Und gedeckt durch das Turnierspiel der erlesenen Geister geht der Parteivorstand her und murkst mit robuster Hand und noch robusterem Gewissen ab, was sich seiner Fuchtel nicht beugen will. Alles zur höheren Ehre des Sozialismus und der Demokratie, oder, um mit Stampfer zu reden, um das deutsche Volk „frei unter freien Völkern zu machen, ihnen allen den Weg zum gemeinsamen Aufstieg weisend“, um für eine „bessere Zukunft für ganz Europa zu kämpfen und zu arbeiten“.

Es ist überaus bezeichnend für Stampfer und die Leute, die sich geistig von ihnen befruchten lassen, daß er den „Hauptstrom der Bewegung“

in den paar hundert Abgeordneten, Schriftstellern und Gewerkschaftsvertretern erblickt. In dieser Auffassung gipfeln die „neuorientierten“ Demokratiebegriffe unserer Kriegssozialisten. Daß diese Auffassung vom Wesen unserer demokratischen Bewegung die Massen der Arbeiter letzten Endes nur zu Stimmzettel-Abgebern, zu Beitragszahlern und zu Bravorusern in Versammlungen degradiert, kommt Stampfer dabei nicht in den Sinn. Wir dagegen sind der Meinung, daß Abgeordnete, Schriftsteller und Gewerkschaftsführer in steter Fühlung mit den Massen zu handeln und daß sie fortwährend unter demokratischer Kontrolle zu stehen haben. Nicht an Kaffeehaustischen, nicht in den verschwiegenen Sitzungszimmern der Instanzen und der Regierungsstellen pulsiert der breite Hauptstrom unserer Bewegung, sondern im freien Lichte der demokratischen Deffinitheit und auf dem Boden unserer, von bürokratischer Erstarrung befreiten und demokratisch ergänzten und ausgebauten Organisation kann die Bewegung vor dem Versumpfen und Versanden bewahrt werden. Gerade die Kriegserfahrungen haben uns gezeigt, wie der Mangel demokratischer Kontrolle, wie die Unterbindung jedes freien politischen und Organisationslebens die Bewegung zum Versumpfen und Versanden gebracht haben. Und weil wir diesen Zustand nicht über den Krieg hinaus verlängert haben wollen, weil wir das proletarische Fühlen und Empfinden in Einklang bringen wollen mit dem Wissen und den Handlungen der Führer, weil wir trotz aller Kriegskomplimente, trotz aller Ministerbesuche im Gewerkschaftshause, trotz aller dekorativen Arbeitvertretungen in Kriegsämtern der nach Stampfers und seiner Schügelinge „veralteten“ Meinung sind, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, deshalb schilt man uns Räuber und Mörder. Aber man sollte doch nicht so voreilig sein, uns als ein vom Hauptstrom der Bewegung abgezweigter Arm kurzerhand abzutun. Wenn die Massen vom Kriegszwang befreit, wenn unsere Organisationen von den Kriegsfesseln erlöst sein werden, wenn das Volk, unbeeinflusst durch die Kriegs- und Siegespsychose, die Kriegswirkungen schmerzlich fühlen wird, dann wird das Endurteil über die Frage, wo der „breite Strom“ und wo der „abgezweigte Arm“ zu suchen war, gesprochen werden können.

So macht es sich denn auch nicht schön, wenn Stampfer von der Rechthaberei der Rückwärts-Gewandten“ spricht. Glaubt man wirklich, daß die Opposition eine Herde kindischer Trozköpfe ist, die in störrischem Eigensinn verlangt, daß alles wieder so werde, wie es vor Ausbruch des Krieges war? Nein, gerade weil wir an Hand des Krieges vieles gesehen, erlebt und gelernt haben, weil wir in unserer Bewegung vieles als morsch, unzulänglich und unzuverlässig erkannt haben, deshalb richten wir unseren Blick nach vor-

wärts, um der Sache des Sozialismus und der Demokratie in Zukunft besser zu dienen, als das vor dem Kriege und während des Krieges der Fall war. Und wenn man schon das Thema von der „Rechtshaberei“ anschlägt, dann soll man nicht vergessen, daß auf diesem Gebiete auf der Seite, auf der Stampfer steht, recht respectable Leistungen vollbracht worden sind. Gehört es nicht in das Kapitel „Rechtshaberei“, wenn die Reichstagsfraktion alle ihre Beschlüsse und Abstimmungen als Offenbarungen höchster politischer Weisheit der Partei aufzwingen will und jede Kritik daran als ein Verbrechen brandmarkt? Ist es nicht „Rechtshaberei“, wenn der Parteivorstand und seine Getreuen jede Regung Andersdenkender kategorisch als „Parteizerstörung“ oder als ein „sich außerhalb der Partei stellen“ erklärt, der Entscheidung der Gesamtpartei durch verbitternde Gewaltmaßregeln vorgreift, ganze große Organisationen aus dem „breiten Strom der Bewegung“ herausdrängt und sich mit allen Mitteln der List und Gewalt eine gefügige und ergebene Gefolgschaft sichern will?

Wer so wie Stampfer Nuhnheiser der Rechtshaberei seiner engeren Freunde ist, sollte sich hüten, über die Rechtshaberei der Anderen zu schmähen. Wir aber, die wir mit dem gleichen Rechte wie Stampfer für uns den guten Willen in Anspruch nehmen, unsere Bewegung vor dem Versumpfen und Versanden zu bewahren, wir wollen es im Kampf um die Gesundung unserer Partei mit dem Goetheworte halten:

**Im neuen Jahre Glück und Heil!
Auf Weh und Wunden gute Salbe!
Auf groben Klotz ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalbe!**

Nachdenkliches über Krieg und Frieden.

„Der ewige Frieden ist ein Traum und nicht einmal ein schöner. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“

(Hellmuth von Molke an Professor Bluntschli, 1880)

„Der furchtbare Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zweieinhalb Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen, tausendjährigen Zivilisation nicht hat anhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. Sie droht den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.“

(Aus der Friedensnote der deutschen Regierung vom 12. Dezember 1916.)

„Man spricht die moralisch-praktische Vernunft in uns ihr unwiderrüßliches Veto aus: es soll kein Krieg sein; weder der, welcher zwischen mir und dir im Naturzustande, noch zwischen uns als Staaten, die, obwohl innerlich im gesellschaftlichen, doch äußerlich (im Verhältnis gegeneinander) im gesellschaftlosen Zustande sind; denn das ist nicht die Art, wie jedermann sein Recht suchen soll. Also ist nicht mehr die Frage, ob der ewige Friede ein Ding oder Unding sei, und ob wir uns nicht in unserem theoretischen Urteil betrügen, wenn wir das erstere annehmen, sondern wir müssen so handeln, als ob das Ding sei, was vielleicht nicht

ist, auf Begründung desselben und diejenige Konstitution, die uns dazu die tauglichste scheint (vielleicht den Republikanismus aller Staaten samt und sonders), hinwirken, um ihn herbeizuführen und dem heillosen Kriegsführen, worauf, als dem Hauptzweck, bisher alle Staaten ohne Ausnahme ihre inneren Anstalten gerichtet haben, ein Ende zu machen. Und wenn das letztere, was die Vollendung dieser Absicht betrifft, auch immer ein frommer Wunsch bliebe, so betrügen wir uns doch gewiß nicht mit der Annahme der Maxime, dahin unablässig zu wirken; denn diese ist falsch; das moralische Gesetz aber in uns selbst für betrügerisch anzunehmen, würde den Abscheu erregenden Wunsch hervorbringen, lieber aller Vernunft zu entbehren und sich, seinen Grundsätzen nach, mit den übrigen Tierklassen in einem gleichen Mechanismus der Natur geworfen anzusehen.“

(Immanuel Kant.)

„Alle unsere Bekundungen des guten Willens, dem Frieden die Wege zu ebnen haben ein gleiches Echo nicht hervorgerufen. Ja, Schimmeres und Ernsthafteres mußte festgestellt werden: Jede Kundgebung der Friedensbereitschaft wird gedeutet als Zeichen der Schwäche!“

Diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verführung des Krieges zur Folge haben. Und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, müßten ihr Leben opfern. Das will aber niemand bei uns. Deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig: wir müssen durchhalten!“

Wir wollen die furchtbare Zeit nicht nur im klaren Bewußtsein mit offenen Augen durchleben, wir wollen auch die Absichten unserer Feinde zuschanden machen: wir wollen siegen! So wünschte allen unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siege! . . .“

(Scheidemann, Januar 1915.)

„Viele — bei uns sowohl wie in den feindlichen Staaten — haben immer noch nicht die Bedeutung dieses Koalitionskrieges erkannt. Wohl konnte im deutsch-französischen Kriege, im russisch-japanischen Kriege und erst recht natürlich im Kriege Englands gegen die Buren eine klare Entscheidung herbeigeführt werden. Eine solche Entscheidung ist nicht möglich, wenn sich zwei so ungeheuer, einander das Gleichgewicht haltende Mächtegruppen gegenübersehen, wie in diesem beispiellosen Kriege . . .“

Der Sieg aber, der bringen soll, was von phantastiebegabten Helden der Feder und der Zunge in allen Ländern geordert worden ist, dieser Sieg war nur ein Traum, der ausgeträumt sein sollte, überall . . .“

(Scheidemann im November 1916.)

„Wenn sich zwei oder mehrere Staaten gegen einen dritten verbinden, so bildet das politisch genommen, nur einen Krieg, in dessen hat auch diese politische Einheit ihre Grade.“

Die Frage ist, ob jeder Staat ein selbständiges Interesse und eine selbständige Kraft, dasselbe zu verfolgen, besitzt, oder ob sich die Interessen und die Kräfte der übrigen nur an das Interesse und die Kraft des einen unter ihnen anlehnen. Je mehr dies letztere der Fall ist, um so leichter lassen sich die verschiedenen Gegner als ein einziger betrachten, um so eher können wir unsere Hauptunternehmungen zu einem Hauptstoß vereinfachen; und solange die irgend möglich ist, bleibt es das durchgreifendste Mittel zum Erfolg.

Wir würden also den Grundsatz aufstellen, daß, solange wir in der Lage sind, die übrigen Gegner in einem derselben zu besiegen, die Niederwerfung dieses einen das Ziel des Krieges sein muß, weil wir in diesem einen den gemeinschaftlichen Schwerpunkt des ganzen Krieges treffen . . .“

Wo dies aber nicht ist, bleibt freilich nichts anderes übrig, als den Krieg wie zwei oder mehrere zu betrachten, von denen jeder sein eigenes Ziel hat. Da dieser Fall die Selbständigkeit mehrerer Feinde, folglich die große Ueberlegenheit aller voraussetzt, so wird dabei von Niederwerfung des Gegners überhaupt nicht die Rede sein können."

(Clauswitz, Vom Kriege. —

Skizzen zum 8. Buch 4. Kapitel.)

(Zitiert und erläutert in einem Artikel der alten, rechtmäßigen Vorwärtsredaktion vom November 1914.) * * *

„... Jahrzehntlang hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus ausgeführt. Mit wachsender Besorgnis beehäftigten sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer verdrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr. In Stuttgart, in Kopenhagen, in Basel, haben die internationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeigt, den das Proletariat zu gehen hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmen, haben die daraus fließenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges mißachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig möglichen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert. So haben die herrschenden Klassen den Kredit zur Kriegsführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und durch ihre Sendboten die Neutralen für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Bürgerfriedens ausgeliefert und damit haben sie vor der Arbeiterschaft, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und seine Methoden übernommen"

Aus dem Manifest von Zimmerwald, September 1915.)

Die Bedeutung des Jahres 1916 für die Westmächte.

Blickt man auf das vergangene Jahr zurück, so erscheint als ein Hauptmerkmal vor unseren Augen die ungeheuer gesteigerte Rüstungstätigkeit und gegen Ende des Jahres stetig und in raschem Tempo zunehmende Teuerung der Lebensmittel und Warenknappheit. Und nicht allein die kriegsführenden Staaten machten diese Entwicklung durch. Ein neutrales Land, die Vereinigten Staaten von Amerika, legte seinen Parlamenten ebenfalls eine große Rüstungsforderung vor; unter der Nahrungsmittelteuerung und Knappheit jedoch leiden sie alle ohne Ausnahme. Der Krieg bringt neben dem Massenverbrauch an Munition, an Geschützen, Uniformen und all dem Zubehör der militärischen Ausrüstung auch einen großen Mehrverbrauch an Lebensmitteln im Heer. Während jedoch die Produktion von Munition und Waffen immer mehr zunimmt und von allen Staaten mit einem wahren Feuereifer betrieben wird, geht die landwirtschaftliche Produktion zurück. Es fehlen die Männer, die den Boden bearbeiten, und es fehlen Düngemittel, die ihn ertragreicher machen, wie auch zum Teil das Saatgut. Wenn auch die Frauen die Arbeit ihrer im Heeresdienst stehenden Männer übernehmen, so reicht ihre Kraft doch nicht aus, um allein die Arbeit von zwei oder gar mehr Erwachsenen zu bewältigen.

Für den europäischen Westen, besonders für England, bedeutet die militärische Rüstung des

Jahres 1916 eine Rieseneistung. Großbritannien begann das Jahr mit seinem Kriegsdienstgesetz, das für jeden unverheirateten Mann in einem bestimmten Alter die Dienstpflicht vorschalt, und gleichzeitig wurde für die Munitionsindustrie eine gewisse Einschränkung der Freizügigkeit festgelegt. Im Laufe des Jahres hat England die Dienstpflicht weiter ausgedehnt, und jetzt geht es, wie es scheint, daran, ebenfalls eine allgemeine Zivildienstpflicht festzusetzen und durch die Einführung farbiger Arbeiter weiße für den eigentlichen Kriegsdienst freizumachen. Eine wie ungeheure Leistung das für England ist, wird erst dann vollkommen klar, wenn man den Mangel an Organisation auf militärischem Gebiet dort recht in Betracht zieht. Aus dem Nichts ist hier etwas geschaffen worden, was in Deutschland jahrzehntelang Übung war. Mit der Einführung militärischer Organisation setzte aber in England auch der „Wille zum Sieg“ stärker ein. Der Gedankengang war vielleicht in weiten Kreisen des Bürgeriums so: Hat man uns schon zum Aufgeben unserer alten verbrieften Freiheiten gezwungen, müssen wir die Last des verhassten militärischen Zwangs tragen, so soll uns auch der Krieg entsprechende Werte als Ersatz bringen. Es wäre zweifellos leichter gewesen, mit dem England von Anfang 1915 zu einem vernünftigen Frieden zu gelangen, als mit dem zu militärischer Organisation übergegangenem von 1916.

Dem Kriegswillen und der erst allmählich wachsenden Kriegsbegeisterung Englands setzten immer einzelne Gruppen energischen Widerstand entgegen, vor allem die Unabhängige Arbeiterpartei und ein geringer Prozentsatz der Liberalen, aber die Mehrzahl der Arbeiter ließ sich ebenso wie die Bourgeoisie in die Kriegsstimmung hineinziehen, und da sie zur ersten Mannschaftsfordderung der Regierung Ja und Amen sagten, fehlte ihnen später der Grund zur Ablehnung weiterer Forderungen. Wen der Militarismus einmal in seinen Bannkreis gezogen hat, den läßt er sobald nicht los; es bedarf schon starken moralischer Anstrengungen, um sich von ihm zu befreien. Das Bedauerliche dabei ist, daß die Konzessionen auf dem eigentlich kriegspolitischen Gebiet meist solche in anderen Fragen herbeiführen. Wir sehen das in England besonders deutlich. Trotz des großen Interesses, das gerade die Arbeiterschaft an einer ausgedehnten Fürsorge für die schulpflichtige Jugend hat, bewies sie nicht genügende Kraft, den aus ihren Reihen hervorgegangenen Unterrichtsminister Henderson zu großzügigen Schulreformen zu veranlassen, und auch die Opposition gegen die unzulänglichen Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung und Preispolitik der Regierung ließ an Entschiedenheit zu wünschen übrig. Auf der anderen Seite haben auch die englischen Liberalen an die Konservativen, deren Mitarbeit sie brauchten, dauernd Zugeständnisse machen müssen; in der Frage des Dienstzwanges, des Freihandels, in der Fremdpolitik und in manchen anderen Punkten. Ihre Stellung ist dadurch nicht gestärkt worden. Die Konservativen gewinnen ständig an Boden, und werden vielleicht ihr Ziel, die Verdrängung der Liberalen aus der politischen Macht, bald erreicht haben. Mittel zur Erreichung dieses Ziels dürfte ihnen auch die Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes und die Bekämpfung der englischen Friedensbereitschaft sein. Ein baldiger Friedensschluß unter annehmbaren Bedingungen kann der liberalen Partei, die während des Krieges verlorenen Sympathien im Bürgertum wiedergewinnen helfen. Greift vor Kriegsende ein Systemwechsel in der Regierung Platz — und vielleicht ist die Regierung des Lord George ein Zwischenglied solcher tiefgreifenden inneren Veränderung — so könnten die Konservativen als Frieden schließende Partei auftreten und hätten fürs erste bei den sich nach dem Frieden sehnenenden Volksmassen ein gewaltiges Plus auf ihrer Seite.

Wie die Partei der Arbeiter in ihren verschiedenen Gruppen aus diesem inneren Kampfe hervorgeht, läßt sich gar nicht übersehen, umso weniger, als keine authen-

tischen Nachrichten über die Unabhängige Arbeiterpartei und den Erfolg ihrer Friedensarbeit nach Deutschland gelangen. Es scheint jedoch, als ob die Independent Labour Party immer stärkere Beachtung finde, und daß man mehr und mehr mit ihr rechnet.

In Frankreich hat sich die Minderheit der Partei allmählich entwickelt. Die politische Situation in Frankreich begünstigte das Anwachsen der Minderheit. Wir dürfen jedoch nie vergessen, daß selbst in den Tagen, wo Verdun von den deutschen Heeren sehr bedrängt war, die französische Minderheit den Mut hatte, von Friedenspropaganda zu reden und von einer gemeinsamen Arbeit aller Sozialisten. Die Verschärfung der Lebensmittelnot, die immer mehr hervortretende Annexionslust der Bourgeoisie, die schließlich in einer annexionistischen Rede des Präsidenten in Nancy ihren Ausdruck fand, das Anwachsen der royalistischen und klerikalen Propaganda, deren Vertreter den Burgfrieden nur als einen Schutzwall betrachteten, von dem aus sie die gefährlichsten und schmutzigsten Angriffe gegen die Sozialisten richten konnten, die ungeheuren Menschenverluste Frankreichs, alles das öffnete vielen französischen Parteigenossen die Augen. Sie verließen die Gruppe der Jusqu'aboutisten (d. h. derer, die bis zum siegreichen Ende kämpfen wollen), um sich denen zuzuwenden, die einen Frieden ohne Annexionen durch Verkündung verlangten. Die Zurückgewinnung des Geländes um Verdun hat die Friedensbereitschaft im französischen Proletariat gestärkt, und die Annexionsrede Trepoys mit der klaren Forderung auf Konstantinopel und die Meerengen, hat ihm gezeigt, daß die Regierungen der Entente nicht ausschließlich einen Verteidigungskrieg kämpfen, sondern daß es hier wie dort Eroberungsgelüste gibt, denen die Arbeiterklasse, will sie ihren Interessen treu bleiben, nicht zustimmen darf.

Der letzte Monat des Jahres 1916 hat dem Proletariat der ganzen Welt, in erster Linie aber dem Frankreichs, Englands und Deutschlands, eine große Aufgabe gestellt. Mitten in die Vorbereitungen zu einer aufs äußerste konzentrierten Kriegsführung kam das Friedensangebot der deutschen Regierung, das von England und Frankreich eine Antwort forderte, die beide Staaten nicht mit der Klarheit geben konnten, die im Interesse der nach Frieden verlangenden Völker gelegen hätte, da auch das Angebot nicht von der notwendigen Klarheit erfüllt war. Der Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten nach Ermittlung der Friedensbereitschaft der Kriegführenden verstärkt die Hoffnung der Völker auf Frieden; die Anregung erleichtert aber auch jedem Lande, das aufrichtig den Frieden will, das Eingehen auf Verständigungsversuche. Voraussetzung des Erfolges solcher Bestrebungen ist jedoch, daß die Arbeiterparteien der drei großen Länder, von denen in erster Linie das europäische Geschick im Jahre 1917 abhängt, mit einer Macht, die durch nichts eingedämmt werden kann, von ihren Regierungen eine dem Frieden dienende Politik und Bekanntheit der Grundforderungen zu verlangen, die nach ihrer Ansicht die Basis zukünftiger Verhandlungen bilden sollen. Versagen hier die sozialistischen Parteien, richten sie ihre Aufforderungen an die fremden Völker und Regierungen, anstatt sie eloquent zu bringen, so machen sie sich an einer weiteren nutzlosen Verlängerung des blutigen Kampfes mit schuldig. Ihnen überträgt das alte scheidende Jahr eine schwere Verantwortung. Werden sie die Hoffnungen des Proletariats, der ganzen kriegsmüden Menschheit erfüllen?

Worauf es ankommt.

Das Jahr 1917, das uns, wie wir alle hoffen, den Frieden bringen soll, wird uns innerhalb und außerhalb unserer Partei vor folgenschwere Entscheidungen stellen. Die Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes hat zu einer Zerrüttung

unseres Parteilebens geführt, die auch in den Fragen der Friedenspolitik die Partei in mehrere feindliche Lager scheidet. Es handelt sich bei alledem nicht um einen beliebigen Parteikrahehl, wie die Parteigeschichte so manchen aufweist, heute geht der Meinungsstreit um die wichtigste Frage der Menschheit, um die Geschichte der Völker, um die Klärung der Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie, um die Gesundung unseres, vom Kriegsfieber zermürbten Parteikörpers. Klare Erkenntnis dessen, was ist, ist hierzu Vorbedingung. Daher sei an dieser Stelle die Situation in unserer Partei kurz umrissen, wie wir sie in das neue Jahr mit hinübergenommen haben und wie sie Ende September 1916 auf der Reichskonferenz in greifbare Erscheinung trat. Es sind ja nur wenige Monate, die uns von jener Konferenz trennen, aber in dieser Zeit, in der jeder Tag neue Eindrücke, neue Kämpfe, neue Aufforderungen und neue Enttäuschungen bringt, vergift man unter den Nöten und Sorgen des Tages nur zu leicht das Vorhergegangene. Wir wollen daher heute in der ersten Nummer dieses Jahres unseren Lesern kurz vor Augen führen, worum es sich bei dem gegenwärtigen Kampf in unserer Partei, der mehr ist als ein oberflächlicher „Parteistreit“ und ein rechthaberischer „Literatenkrahehl“, handelt und worauf es uns, den Gegnern der Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit und der Kriegsdiktatur des Parteivorstandes ankommt.

Wir wollen zu diesem Zwecke wiedergeben, was unser unglücklicher Genosse Friedrich Adler in der Oktobernummer des „Kampf“ über die innere Situation unserer deutschen Partei gesagt hat. In einem längeren Artikel über die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie entwirft Genosse Friedrich Adler darüber folgendes, nach unserer Ueberzeugung auch heute noch zutreffendes Bild:

„In der großen Gährung, in der sich die Sozialdemokratie Deutschlands befindet, treten natürlich die mannigfachen Differenzierungen der Standpunkte zutage, weder die Linke noch die Rechte sind in sich einheitlich, sondern jede besteht wieder, abgesehen von allen kleineren Unterschieden, aus zwei demlich geschiedenen Richtungen. Die äußerste Rechte, die treffend als Gruppe der Sozialimperialisten bezeichnet wird, wünscht eine vollständige Neuorientierung der Arbeiterklasse, will auch im Frieden die Rüstungen weiter bewilligen, eine konsequente Politik an Seite der herrschenden Klassen machen. Der Parteivorstand dagegen und die anderen Sozialpatrioten sind, oder glauben zumindestens zu sein, bloß Umlerner auf Kriegsdauer und wiegen sich in der trügerischen Hoffnung, daß, wenn einmal der Frieden kommt, sie die Politik, wie sie die Partei vor dem Kriege gemacht hat, im wesentlichen einfach fortsetzen können. Die Rechte wird dadurch zusammengehalten, daß die Sozialpatrioten während des Krieges praktisch tatsächlich alles das tun, was im Sinne der Politik der Sozialimperialisten liegt. Deren Bestrebungen wird vollauf Genüge getan, wenn die Partei alles dem Gesichtspunkt des militärischen Erfolges unterordnet und auf alle eigenen Wege proletarischer Taktik verzichtet.

Die Linke ist einig in der Festhaltung der Grundfäden der Demokratie und des Internationalismus auch

im Kriege. Während aber die Vertreter der „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ der Ansicht sind, daß es nur darauf ankomme, das ernstlich wahr zu machen, was unsere Parteitage und internationalen Kongresse wirklich immer gesagt haben, halten die Gruppen, deren populärster Vertreter Karl Liebknecht ist, ein Umlernen nach links, insbesondere in der Frage der Vaterlandsverteidigung, für notwendig.

Die eminent aktuelle Bedeutung der Reichskonferenz trat darin zutage, daß die Gegensätze innerhalb der Rechten, wie innerhalb der Linken vollständig in den Hintergrund traten und um das unmittelbare Problem des Tages gerungen wurde. Die Frage war: Soll die Partei weiter die militärischen Voraussetzungen des Krieges oder die politischen Voraussetzungen des Friedens zu ihrer obersten Richtschnur machen? Soll die Partei weiter mit den herrschenden Klassen kooperieren, oder soll sie zu einer selbständigen Politik, die als Politik der Internationale möglich ist, zurückkehren?

Die Mehrheit der Konferenz hat durch die Annahme der Resolution David entschieden, daß für sie auch weiterhin die militärische und nicht die politische Raison maßgebend ist. Die Minderheit hat sich an dieser Abstimmung überhaupt nicht beteiligt, aber erfolgreich kundgetan, daß der Kampf für die Regenerierung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse mit aller Energie fortgesetzt werden muß, daß in ihm die eigentliche sozialdemokratische Aufklärungsarbeit in der jetzigen Zeit besteht. Genosse Haase hat am Schluß seines Referats die Gedanken, für die die ganze Opposition ohne Unterschied einsteht, in folgenden klaren Worten zusammengefaßt:

„Wir haben abzurechnen mit dem Parteivorstand. Mit den Sozialimperialisten Kolb, Lensch, Cohen, Heine, Heilmann usw. sehen wir uns hier nicht auseinander, denn das diese Leute nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehen, ist allen klar. Zwischen ihnen und uns gibt es keinen gemeinsamen Boden. Diese Leute sind innerhalb des Tempels der sozialistischen Idee Tempelschänder. Erste Vorbedingung für die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen ist die Abkehr von der Politik des 4. August. Die Einheit der Partei beruht auf der Einheit des Grundfasses. Wenn Parteivorstand und Fraktion dies Fundament durch ihre Ardegspekulation untergraben, dann muß die Organisation der Auflösung und Zerrüttung anheimfallen. Man wirft uns die Zerrüttung der Partei durch Spaltung vor. Ach, diese Arbeit hat der Parteivorstand bereits so gründlich besorgt, daß uns zu tun so gut wie gar nichts übrig bleibt. Der Parteivorstand und die Generalkommission bedienen sich in ihrem bekannten Flugblatt und in anderen Veröffentlichungen direkt des Belagerungszustandes zur Unterdrückung der ihnen unbequemen Kreise in der Partei. (Seine Krönung hat dies Gebahren des Parteivorstandes in seinem Oktobergewaltstreich gegen den „Vorwärts“ gefunden. Die Red. d. M.) Mit dem Wort Disziplin dürfen doch Leute nicht mehr operieren, die dem Parteiprogramm und den Parteitagbeschlüs-

sen jeden Tag ins Gesicht schlagen. Diesem Parteivorstand gegenüber wäre Disziplin ein Verbrechen. Wir wollen eine Internationale schaffen, die insonderheit die Wiederholung solcher entsetzlichen Kriege für alle Zeiten zu verhindern. Wir wollen mit einer Partei, die offen oder versteckt Annerkennung begünstigt, wir wollen keine Zugeständnisse an Militarismus, Kolonialpolitik und Schutzollpolitik, wir wollen keine Politik, die den Klassenkampf abbaut, wir wollen eine Politik auf dem festen Boden unseres Programms, wir wollen sie als internationale Sozialisten.“

Die Zweiteilung des „Vorwärts“.

„Zum Vorwärtskonflikt“ betitelt sich eine 32seitige Broschüre, die der Parteivorstand herausgegeben hat und in der er „auf Grund vorliegender Dokumente und Protokolle eine Darstellung der Vorgänge“ geben will. Der Parteivorstand will nachweisen, daß er in der ganzen Affäre absolut einwandfrei gehandelt habe und daß sein Verhalten von der einzigen Absicht diktiert gewesen sei, die Interessen der Partei zu wahren. In der Hauptsache ist die Veröffentlichung eine Zusammenstellung von Meinungsäußerungen, die vom Parteivorstand schon in früheren Stadien des Konfliktes den Parteigenossen zur Kenntnis gebracht wurden. Sie bietet den Beweis für eine Unaufrichtigkeit und Unwahrscheinlichkeit, wie sie selten im Parteileben zu finden sein dürfte.

Was in der Broschüre über die Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“, über den Doppelcharakter als Zentral- und Lokalorgan gesagt ist, hat schon in der Flugchrift „Zum Vorwärtsboykott“ gefunden und hat auch bereits seine Widerlegung gefunden. Das Gleiche ist der Fall, soweit es sich um die Vorwärtsverbote und die Verhandlungen über das Wiederscheitern des „Vorwärts“ handelt. Daß eine gefälschte Herabsetzung der Vorwärtsredaktion in der Broschüre des Parteivorstandes versucht wird, ist bei der Art des Kampfes, die der Parteivorstand seit jeher gegen mißliebige Genossen in Anwendung bringt, nur erklärlich, es gehört zu seinem eisernen Bestand, die von ihm Bekämpften als unfähige Troddel oder gar als Faulenzer hinzustellen, die mit einem hohen Redaktionsetat aasten. Man wäre versucht, den Spieß umzudrehen und nach der Tätigkeit und den Leistungen der so argumentierenden Parteivorstandsmitglieder zu fragen, die einen Verwaltungsetat haben, in denen allein die Gehälter der 9 besoldeten Mitglieder des P. V. höher sind, als die der gesamten Vorwärtsredaktion waren. Wir wollen dieses Gebiet aber nicht betreten und nur auf einen Punkt in der Broschüre des P.-V. zurückkommen, der sich mit einem vom P.-V. gemachten Bericht über die Vorwärtsreform beschäftigt. Allerdings handelt es sich auch in diesem Punkte um eine Wiederholung schon Gesagten. Der Vorstand schreibt:

„Da der „Vorwärts“ nur noch Minderheitsorgan war, wurde er in der Öffentlichkeit kaum beachtet. Das Zentralorgan war im Begriff, jede Bedeutung für die Öffentlichkeit einzubüßen. Dem nach Möglichkeit entgegenzuwirken, sah der Parteivorstand als seine Pflicht an. Er machte deshalb im Juni 1916 den Vorschlag,

den „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, vom „Berliner Volksblatt“ zu trennen, um beiden Teilen, nämlich der Gesamtpartei und den Berliner Genossen, zu ihrem Recht zu verhelfen. Nach diesem Vorschlag konnten beide Blätter einen großen Teil des Textes gemeinsam benutzen, so die Parlamentsberichte, Berichte über Kongresse aller Art, Versammlungen, Stadtverordnetenitzungen usw. Außerdem könnten gemeinsam benützt werden das Feuilleton, Vermischtes, Soziales und Inserate. Vollkommen selbständig hätte für jedes Blatt natürlich die politische Redaktion sein müssen. Der „Vorwärts“ sollte unter Weglassung des jetzigen Untertitels „Berliner Volksblatt“ als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ erscheinen, während wir für das „Berliner Volksblatt“ den Untertitel empfahlen „Organ der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin“. Wir schlugen weiter vor, daß der Preis für beide Blätter der gleiche sein sollte und daß die Änderungen rechtzeitig im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden sollten, damit jeder Abonnent bestimmen konnte, ob ihm die Zeitungsaussträgerin von einem bestimmten Termin an den „Vorwärts“ oder das „Berliner Volksblatt“ bringen sollte. Daß die gleiche Expedition beide Blätter zu expedieren, dieselben Aussträgerinnen beide Blätter auszuragen gehabt hätten, war gleichfalls verständlich. Auf weitere Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden. Das Mitgeteilte zeigt deutlich genug, daß ein durchaus gangbarer Weg, der beiden Teilen gerecht wurde, in Vorschlag gebracht war.

Der Vorschlag wurde am 1. Juni in einer Sitzung gemacht, an der außer dem Parteivorstand und der Preßkommission auch der Zentralvorstand teilnahm. Das Mitglied des Parteivorstandes, das den Vorschlag unterbreitete, schloß seine Rede nach dem Protokoll mit diesen Sätzen:

„Ich bitte dringend, die Vorschläge ohne Voreingenommenheit zu prüfen. Sie sind zweifellos geeignet, aus dem jetzigen unhaltbaren Zustande herauszukommen.“

Der nächste Redner war der Genosse Eichhorn, der damalige Vorsitzende der Preßkommission. Er meinte zu diesem Vorschlage:

„Wenn damit der erste Schritt zu einem eigenen Berliner Organ gemacht würde, sei er zu begrüßen. Die Preßkommission müsse über den Vorschlag beraten.“

Die Genossen Däumig und Ad. Hoffmann sprachen für die Vertagung, damit die einzelnen Körperschaften über den Vorschlag verhandeln könnten. Die weitere Aussprache schien alle Hoffnungen auf eine Verständigung zu rechtfertigen. Der Parteivorstand gab sich der Erwartung hin, daß ein gangbarer Weg gefunden sei, dem auch die Berliner Körperschaften beitreten würden im Interesse der Partei. Ad. Hoffmann sprach damals noch den Wunsch aus, daß während der Zeit der weiteren Verhandlungen über den „Vorwärts“ alle Reibungspunkte vermieden werden möchten. Genosse Witzke wurde ganz deutlich:

„Mit den gemachten Vorschlägen sei die „Zensur“ des Parteivorstandes durch den Genossen Müller nicht beseitigt. Daraus läme es zunächst an. Man müsse davon Abstand nehmen, die Zensur weiter ausüben zu lassen.“

Der Parteivorstand erklärte, daß er, um wiederum zu zeigen, wie sehr ihm eine Verständigung am Herzen liege, bereit sei, auf die weitere Ausübung der sogenannten Zensur zu verzichten. In der Erwartung, daß die Redaktion von der Ausnahme parteischädigender Artikel, derentwegen Genosse Müller nur in den „Vorwärts“ gehe, Abstand nehme.

Nachdem die sogenannte „Zensur“ aufgehoben war, nahmen sich die Berliner Instanzen auffallend viel Zeit, Stellung zu dem geschilderten Vorschlag zu nehmen, den der Parteivorstand sofort zu dem seinigen gemacht hatte. Es bedurfte erst mehrfacher mündlicher und schriftlicher Mahnungen an den Vorsitzenden der Preßkommission, bevor der Parteivorstand erfuhr, was aus seinem Vorschlag geworden sei. Endlich, am 15. August, also nach zwei Monaten, kam ein Schreiben an, das folgenden Inhalt hatte:

An den Vorstand der Soziald. Partei Deutschlands.
W. G.! Berlin, Lindenstr. 3.

Zu den ferneren Verhandlungen über die Regelung der „Vorwärts“-Frage unterbreiten Preßkommission und Geschäftsführender Ausschuß folgenden Vorschlag:

Die Genossen Groß-Berlins verzichten auf den Titel:

„Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei“.

Der „Vorwärts“ geht, so wie er ist, in die alleinige Verwaltung der Berliner Genossen über und wird ihr Lokalorgan unter Ausschluß eines irgendwie gearteten Konkurrenzorgans in Groß-Berlin.

Die Druckerei des „Vorwärts“ (Paul Singer und Co.) ist anerkanntes Eigentum der Berliner Genossen, sie soll durch formal-rechtliche Akte den Genossen Groß-Berlins sichergestellt werden.

In Rücksicht darauf, daß eine Anzahl Mitglieder der Preßkommission am Tage ihrer Arbeit nachgehen müssen, wird gebeten, die Verhandlungen, wenn irgend möglich, in die späten Nachmittagsstunden verlegen zu wollen.

Mit Parteigruß

Der Geschäftsführende Ausschuß.
J. A.: Adolf Hoffmann.

Diese Antwort auf unsern sachlich wohlbegründeten Vorschlag mußten wir nicht nur als glatte Ablehnung ansehen, sondern auch als eine Verhöhnung empfinden. Unser Verständigungsversuch war damit gescheitert.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Berliner „Instanzen“ den Vorschlag des Parteivorstandes den Berliner Parteigenossen gar nicht zur Kenntnis gebracht haben, weder durch ihr „Mitteilungsblatt“ noch in den Jahlabenden, obwohl sie die Erörterung unter sich wochenlang hingezogen haben. Erst nachdem der Parteivorstand im „Vorwärts“ am 1. November seinen Vorschlag veröffentlicht hatte, nahm auch das „Mitteilungsblatt“ notgedrungen Notiz davon. Die Berliner „Instanzen“ haben wohl befürchtet, daß die Berliner Parteigenossen den Plan vielleicht nicht von der Hand weisen würden; deshalb verschwiegen sie ihn geistlich.

In seinen weiteren Ausführungen nimmt der Vorstand Bezug auf Darlegungen in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. November über die Frage, die aber im vorliegenden Falle ausschneiden könne, da wir

es zunächst mit den Körperschaften zu tun haben, die mit dem D.-K. die Verhandlungen führten.

Der Parteivorstand behauptet, die Berliner Instanzen hätten seinen Plan den Genossen geflüstertlich verschwiegen, weil sie wohl befürchtet haben, die Berliner Parteigenossen würden „ihn vielleicht nicht von der Hand weisen“. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Schon in der Nr. 8 vom 8. November 1916 hat das „Mitteilungsblatt“ sich auf eine Erklärung des Parteivorstandes, im „Vorwärts“ am 1. November, wie folgt geäußert:

„Der vom Parteivorstand erwähnte Vorschlag wurde in einer Sitzung der Preßkommission mit dem Parteivorstand unter Hinzuziehung von Vertretern des Geschäftsführenden Ausschusses und von Mitgliedern der Redaktion von einem Mitgliede des Parteivorstandes gemacht während Verhandlungen, die sich mit der Aufhebung der eingeführten Parteivorstandszensur beschäftigten. Daraufhin vertagten sich die Körperschaften. Einmal sollte erst der Parteivorstand selber zur Sache Stellung nehmen, dann sollten die einzelnen Körperschaften das gleiche tun. Man wollte dann wieder zusammentreten und weiter beraten. Der Parteivorstand tat das auch und ließ mitteilen, daß er auf dem Boden des von seinem Mitgliede gemachten Vorschlages stehe. Preßkommission und Zentralvorstand machten den oben mitgeteilten Gegenvorschlag, zumal ja auch der Parteivorstand durch den Parteiauschuß dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan hatte absprechen lassen.

Dabei bestand allseitig die Meinung, man würde nunmehr zusammentreten und erneut verhandeln, zumal erst dann, wenn ein greifbares Resultat vorlag, die Genossen in den Kreisen zu den endgültigen Vorschlägen Stellung nehmen konnten. Man wunderte sich nur darüber, daß der Parteivorstand gar nichts mehr von sich hören ließ. Erst jetzt aus seiner Erklärung im „Vorwärts“ am 1. November ersehen die Genossen in den zentralen Körperschaften, daß der Parteivorstand es den Genossen verargt, daß sie sich erlaubt haben, einen Gegenvorschlag zu machen und nicht sofort reflexlos auf seinen Vorschlag eingegangen sind, und daß er darin eine Verhöhnung und zugleich eine stritte Ablehnung seines Vorschlages erblickt. Die jetzt öffentlich erteilte Antwort ist auch eine Antwort, und was für eine! Mit Loyalität, mit der der Parteivorstand so oft um sich wirft, hat dieses Verfahren nichts mehr zu tun.“

Die Wiederholung des Parteivorstandes ändert an der Tatsache nichts, daß er es war, der auf den Gegenvorschlag der Genossen gar nicht reagierte. Daß es dazu nicht gekommen ist, ist lediglich die Schuld des Parteivorstandes.

Der Bezirksführer.

Unsere Groß-Berliner Parteiorganisation ist auf dem System der Bezirksführer aufgebaut, die wieder in Abteilungen oder Vierteln zusammengefloßen sind. Der Bezirksführer soll, wie schon der Name sagt, der Führer des Bezirks sein, den er verwaltet. Er geht hervor aus der Wahl durch die Mitglieder des Bezirks. Das System der Bezirksführer in Groß-Berlin ist schon alt. Unter dem Sozialistengesetz bestand es schon, nur in einem anderen Sinne als heute.

Damals waren die Kräfte für die Agitation viel knapper als jetzt. Wahlvereine gab es nicht, nur hin und wieder Bezirksvereine, die aber auch nur das Leben von Eintagsfliegen führten. Immer war es notwendig, tüchtige Bezirksführer zu haben. Dem damaligen Bezirksführer unterlag die Agitation im Bezirk in den meisten Fällen allein; nur da und dort hatte ein solcher Bezirksführer noch einige eng Vertraute, die ihm halfen. Bei der Natur der früheren Agitation, wo alle Flugblätter sofort verboten und auch die Flugblattverbreiter bei ihrer Tätigkeit durch ein wohlorganisiertes Spitzelsystem der Verhaftung ausgehakt waren, mußte der Kreis der agitatorisch im Bezirke tätigen Genossen sehr eng gezogen werden und war es auch. Die Bezirke waren sehr oft sehr viel größer als heute, wo der Bezirk mit dem Reichstagswahlbezirk zusammenfällt, in vielen Fällen sogar noch mehr geteilt ist. Damals mußte ein Bezirksführer anders arbeiten als heute. Ganze Straßenzüge hatte er allein zu belegen. Und mit welcher Fixigkeit mußte die Arbeit getan werden, um einer eventuellen Verfolgung zu entgehen! Heute jammern manche Genossen, wenn ihnen zwei Häuser mit Quergebäuden und Seitenflügeln zur Bearbeitung übertragen werden. Der frühere Bezirksführer hatte auch die Aufgabe, Material selber zu verteilen, um Geld heranzuschaffen zu helfen.

In den Vorortkreisen war die Arbeit schwieriger als in Berlin, wo die Genossen sich schneller verständigen konnten. Die Zahl der Orte, in denen wir einen Kern von opferbereiten Genossen hatten, war nicht sehr groß. Eine durchgreifende Beackerung der beiden Landkreise setzte eigentlich erst Ende der 80er Jahre ein als Vorbereitung zur Reichstagswahl für das Jahr 1890. Die tätigen Genossen eines Ortes hatten etwa zwei bis drei Duzend Dörfer zu bearbeiten. Man denke sich eine Flugblattverteilung unter dem Sozialistengesetz in einem solchen Kreise. Am Abend machten sich die Genossen auf die Beine, um die ihnen zugewiesenen Ortschaften zu erreichen und bei dem Hundegebell, das aus den Gehöften erklang, Flugchriften zu verteilen und so schnell wie möglich den Ort zu verlassen, um zum nächstgelegenen zu kommen. Nicht viel besser ging es, wenn die Arbeit Sonntags vorgenommen werden mußte. Ganze Tage waren die Genossen unterwegs, aus eigener Tasche noch alle Unkosten, selbst das Fahrgehd, befreiend.

Da hat es heute ein Bezirksführer viel besser und viel leichter. Die Zahl der Genossen, die agitatorisch arbeiten, ist viel größer geworden, die Aufgaben viel geringer. Greift nur ein Teil der Genossen mit an, ist die Arbeit in kurzer Zeit getan. Nun hat ja der Krieg große Lücken gerissen in die Reihen der Genossen und der Bezirksführer. Viele tüchtige Parteifreunde sind uns entzogen. Die einzelnen Bezirke sind an Mitgliederzahl geschwächt und haben zusammengelegt werden müssen.

Sind durch den Kriegszustand auch größere Aktionen der Partei unterbunden, so bleibt doch noch Arbeit genug, die in kleinem Kreise getan werden muß. Wird ein Bezirksführer eingezogen, muß ein anderer an seine Stelle treten. Auch die Genossinnen können da ihren „Mann“ stehen und sie tun es erfreulicherweise heute schon. Aber ein Bezirksführer kann nur dann erfolgreich tätig sein, wenn die Genossen ihm helfen. Jetzt wird nicht viel Hilfe verlangt; wenn es aber geschieht, so sollte sie freudig geleistet werden. Gewiß, die heutigen Parteiverhältnisse sind keine erfreulichen; falsch wäre es aber, sich großend beißeite zu stellen und die Dinge gehen lassen, wie sie gehen. Führer allein machen keine Bewegung. Ohne die tatkräftige Hilfe der organisierten Genossen kann die Bewegung nicht vorwärts gehen. Gute Organisationen können ungeeignete Führer kaltstellen, selbst dann, wenn diese Führer vorübergehend Scheinerfolge für sich haben sollten, und wenn sie auch, wie das öfter geschieht, so von oben herab über den Bezirksführer und den Zahlabend zu wibeln belieben. Gerade der Zahlabend gibt den Genossen die Mög-

lichkeit, sich in kleinem Kreise auszusprechen über die Vorgänge im öffentlichen Leben und sich zu unterrichten über alles, was in der Partei vorgeht. Wir kennen Leute, die über alles hinweg zu sein glauben und denen der Zahlabend nichts gilt. Sie wissen alles besser, anstatt hinzugehen und auf die Genossen belehrend einzuwirken, wenn sie das können. Die Solidarität, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, ist ein Bemühen, an dem sich jeder beteiligen sollte, dem es ernst um unsere Sache ist. Wohl ist die Organisation nicht Endzweck, aber sie ist ein Mittel, um unsere Ideen weiter zu verbreiten, so gut, wie die parlamentarische Tätigkeit nur ein solches Mittel ist und sein kann. Die Organisation zu erhalten, sie zu stärken und ihre Mitglieder mit einem guten Geist zu erfüllen, muß unsere Aufgabe sein. Und dazu brauchen wir auch Bezirksführer, die zur Sache stehen und für die Sache wirken. Pflicht der Genossen ist es, dem Bezirksführer nach Kräften ihre Unterstützung zu leisten!

Aus dem Gewerkschaftsleben.

In der zweiten Hälfte des Dezember pflegt das Gewerkschaftsleben allgemein etwas zur Ruhe zu kommen. Außerlich ist das auch in diesem Jahre der Fall. In Wirklichkeit beschäftigt die Arbeiterschaft aber in erheblichem Maße die Frage nach der Handhabung des Zivildienstgesetzes und eine Beunruhigung über die Art, wie dasselbe zustande gekommen ist. Erst nachträglich ist bekannt geworden, daß der Abgeordnete Bauer, der Mitglied der Generalkommission ist, bereits am 8. November über die Absichten der Regierung unterrichtet worden ist. Der Regierung kann man also nicht wohl den Vorwurf machen, daß sie die Vertreter der Arbeiterschaft etwa nicht gehört hätte. Aber die Vertreter der Arbeiterschaft selbst hielten es nicht für notwendig, die Arbeiterschaft zu unterrichten und zur Stellungnahme zu veranlassen. Nicht einmal alle Mitglieder der Generalkommission hat man anscheinend in das süße Regierungsgeheimnis eingeweiht. Und so kam die Geburt des neuen Gesetzes der Öffentlichkeit völlig überraschend. Konnte doch in einer Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter vom 19. November der erste Bevollmächtigte der Berliner Filiale des Metallarbeiterverbandes, Genosse Cohen, die Erklärung abgeben, daß er von jenen Kulissengeheimnissen nichts wußte! Und Cohen ist Mitglied der Generalkommission, Mitglied der Generalkommission und ein hervorragendes Mitglied des Metallarbeiterverbandes, dessen Hauptvorsitzender Schlichte später als Dezent für Arbeiterfragen in das Kriegsamt für den Zivildienst berufen worden ist. — Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur! —

Die „Verunsung“ Schlichtes in das Kriegsamt zeigt übrigens auch, wie fern man in Regierungskreisen dem Empfinden der Arbeiterschaft steht. Diese beansprucht in solchen Fällen, daß sie wenigstens Vorschläge über ihre Vertretung machen dürfe. Da es sich wohl in der Hauptsache um die Interessen der Metallarbeiter handelt, wäre auch hierbei wahrscheinlich der Name Schlichte gefallen. Nicht gefragt, fühlt die Arbeiterschaft sich aber zurückgesetzt. Oder hat sie auch hierbei wieder nicht beauftragte Vormünder gefunden?

Das späte Bekanntwerden des Zivildienstpflicht-Gesentwurfes und die Unzulänglichkeit der über dasselbe in die Öffentlichkeit gedruckten Meldungen nahmen den Arbeitern jede Möglichkeit zur ausreichenden Erörterung des Entwurfes und einer rechtzeitigen Stellungnahme zum Gesetz. Eine Versammlung der Berliner Handlungsgehilfen lehnte lediglich deswegen eine Beschlußfassung dazu ab. Die Berliner Holzarbeiter freilich sprachen sich rund heraus gegen das Gesetz aus und die Berliner Metallarbeiter erklärten sogar: „Die von den Gewerkschaftsvertretern dem Reichstag über-

mittelten Vorschläge geben keine Gewähr für die Wahrung der Arbeiterinteressen.“ Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter ersuchte deshalb beide sozialdemokratischen Fraktionen, das Gesetz abzulehnen. Auch die Berliner Schuhmacher verlangten von ihrem Verbandsvorsitzenden, dem Abgeordneten Simon, einstimmig die Ablehnung des Zivildienstgesetzes. Trotzdem stimmte bei der Schlußabstimmung im Reichstag von allen Fraktionen lediglich die der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen das Gesetz.

Auch die vorgenommenen Veränderungen und Verbesserungen am Gesetz vermochten insbesondere die Metallarbeiter mit demselben nicht auszuföhnen. Das zeigten auch nach Annahme des Gesetzes noch abgehaltene Versammlungen. So sprachen noch am 21. Dezember die Leipziger Metallarbeiter sich gegen das Gesetz aus. Sie verurteilten die Haltung der Generalkommission und der Zentralvorstände aufs schärfste und erklärten es als Pflicht derselben, die Freigabe der wichtigsten Arbeiterrechte mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu verhindern. Auch gegen die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ sprach sich die Leipziger Versammlung aus. Statt einem auf Grund gesammelter Erfahrungen geschriebenen Artikel der österreichischen „Metallarbeiter-Zeitung“ Raum zu geben, hatte die deutsche „Metallarbeiter-Zeitung“ eine Lobeshymne der F. K. über das Gesetz weiterverbreitet.

Daß gerade die Metallarbeiter sich so ablehnend verhalten, kann man begreifen. Sie hatten Gelegenheit, den Wert der gepriesenen Beschwerde-Instanzen am eigenen Leibe zu probieren. Trotz derselben wußten die Unternehmer Maßregelungen durchzusetzen, indem sie die Vertrauensleute der Arbeiter den Behörden einfach als abkömmlich meldeten. Die Einberufung erfolgte dann nach diesem System nicht, wenn es das militärische Interesse erforderte, sondern wenn es im Unternehmerinteresse notwendig schien. Auf eine Beschwerde der Berliner Metall- und Revolverdreher stellte sich heraus, daß weder die Herren in der Feldzeugmeisterei noch im Kriegsministerium etwas von diesen Dingen wußten. Eine Aenderung in dem Verhalten der Unternehmer trat aber auch nach dieser Beschwerde nicht ein. In einer Versammlung der Revolverdreher, der leider kein Vertreter des Kriegsministeriums beiwohnte, wurde ausgeführt, dieses Verhalten der Unternehmer müsse schließlich ein Zurückgehen der Produktion bedingen, denn es sei unmöglich, mit den heutigen Verdiensten die erforderlichen Nahrungsmittel zu beschaffen.

Wie solche Verhältnisse auf manche Gemüter wirken, zeigt der Vorschlag eines Berliner Metallarbeiters im „Braunschweiger Volksfreund“ und in der „Leipziger Volkszeitung“. Der Einsender hält nach Annahme des Zivildienstgesetzes jede gewerkschaftliche Tätigkeit für überflüssig, weil zwecklos. Er schlägt nicht mehr und nicht weniger vor, als nam 1. Januar ab alle gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten ruhen zu lassen, d. h. die Gewerkschaftsbewegung einzustellen. Nun läßt sich nach einem bekannten Wort Begeisterung nicht einpökeln, aber auch eine große Bewegung nicht. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein lebendiger Organismus. Ihn künstlich gleich einem indischen Fakir in Totenstarre zu versetzen, heißt ihn unter Umständen dem Tode überhaupt ausliefern. Es ist ja geradezu unmöglich, daß ein solcher Organismus nach monate- oder gar jahrelangem Scheindefein seine Tätigkeit vollwertig wieder aufnehmen könnte. Wahrscheinlicher ist, daß er in der Zeit der Starre dem Verfall überliefert würde. Aber außerdem brauchen die Arbeiter in der Zeit ungünstiger wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse ihre Organisation mehr als je. Es ist geradezu ein Jammer, daß sie das so wenig begriffen haben. Und nicht nur die Organisation brauchen sie, sondern auch die Betätigung in der Organisation. Von ihrem Verhalten hängt Ge-

desh und Verderb derselben ab. Von ihrem Verhalten hängt es aber auch ab, ob Zweck und Einrichtung derselben den Wünschen und Interessen der Arbeiter dienen oder nicht. Darum soll gerade die aufgeklärte Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht lässig betreiben oder gar aufgeben, sondern sich mehr als je derselben widmen, zum Besten der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt!

Auch ein Beitrag zur Neuorientierung.

Der deutsche Bund gegen die Emanzipation der Frauen, der seit dem Kriege keine Gelegenheit hatte, sich bemerkbar zu machen, findet es an der Zeit, zu zeigen, daß er noch den gleichen rückständigen Anschauungen huldigt wie vor dem Kriege. Er hat an Reichstag, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus eine Petition gerichtet, die nachstehende Forderungen enthält:

„1. Das hohe Haus wolle auf den Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung hinwirken, wonach überall, wo männliche und weibliche Beamte zusammen arbeiten, eine amtliche Unterstellung der Männer unter Frauen ausgeschlossen wird, bezw. nach welcher kein männlicher Beamter gezwungen werden darf, sich einem weiblichen Vorgesetzten zu unterstellen.“

2. Es sollen nur so viele weibliche Beamte im Staats- und Gemeindedienst zur Anstellung zugelassen werden, als wegen dauernden Mangels männlicher Kräfte notwendig sind, daß aber jede Verdrängung der männlichen Beamten durch weibliche Hilfsarbeiter aus der Kriegszeit vermieden und den heimkehrenden Kriegern die Anstellungs- und Erwerbsmöglichkeit und damit die der Familiengründung durch weibliche Konkurrenz nicht verschlechtert werde.“

Die Leute, welche diesen Antrag stellten, halten sich zweifellos für sehr gute Patrioten. In einer Zeit, da von allen Seiten der Ruf an die Frau ergeht, in der Heimat an die Stelle der draußen festgehaltenen Männer zu treten, soll nach dem Wunsch des Bundes gegen die Frauenemanzipation den Frauen die wirtschaftliche Gleichberechtigung verweigert werden, nur damit der Mann unter allen Umständen, auch wenn er gar nichts versteht, der Frau dienstlich nicht untergeordnet werde. Es gibt ein gutes Mittel zur Erfüllung dieser Forderung. Man stelle solche Männer nicht an, die es für unter ihrer Würde halten, von einer Frau zu lernen und setzen an ihre Stelle Frauen.

Aus der zweiten Forderung spricht die zukünftige Konkurrenzfurcht vor der Frau so deutlich, daß die „Familiengründung“ nur einen recht schäbigen Deckmantel dafür bildet. Wie alter, wenn der heimkehrende Krieger in seiner Gesundheit so geschwächt ist, daß er eine Familie nur gründen oder zu erhalten vermag, wenn die Frau mit erwirbt, soll dann die Frau auch wieder zurückkehren müssen in die „Niederungen der Industrie“, nur, damit dem Manne auf Kosten der vorwärtsstrebenden Frau alle höheren und damit besser bezahlten Posten allein vorbehalten bleiben?

Sind die Frauen gut genug, um während des Krieges an jeden Platz gestellt zu werden, wo man

ihrer bedarf, dann sind sie gewiß in der hoffentlich bald wiederkehrenden Friedenszeit auch gut genug, diesen Platz in freier Konkurrenz mit dem männlichen Kollegen auf der Grundlage des „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu behaupten.

Lebensmittelnachrichten.

Der Magistrat wird einen größeren Posten Kunsthonig, Speisefirup und Rübenensaft von Mitte Januar ab auf Zuckerkarten zur Verteilung bringen, und zwar so, daß statt $\frac{1}{4}$ Pfund Zucker 2 Pfund eines dieser Aufstrichmittel gegeben werden. Da für ein Pfund Kunsthonig etwa $\frac{1}{4}$ Pfund Zucker gebraucht werden, erhält derjenige, der von diesem Angebot Gebrauch macht, $\frac{1}{4}$ Pfund Zucker als besondere Gabe. Daneben soll von erspartem Zucker neuer Kunsthonig für die Schwerarbeiter hergestellt werden, der diesen in den Fabriken zur Verfügung gestellt werden wird. Wer solchen Aufstrich auf Zuckerkarten beziehen will, muß sich bis zum 10. Januar bei dem Geschäft, von dem er Zucker bezieht in eine besondere Liste eintragen lassen. Den Abschnitt seiner Zuckerkarte läßt er durchlöcher; diese Voranmeldung verpflichtet zur Abnahme. Die durchlöcheren Abschnitte behalten ihre Gültigkeit, bis die Ware geliefert werden kann. Es wird erwartet, da nur begrenzte Mengen zur Verfügung stehen, daß die bessergestellten Familien den Aufstrich der schwerarbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung überlassen.

Zwiebelhöchstpreise. Der Magistrat erläßt eine Verordnung über Höchstpreise für Zwiebeln für den Stadtkreis Berlin, wonach der Großhandelszuschlag von 3,50 M. für den Zentner Zwiebeln zu dem bisherigen Erzeugerpreise um 1 M. für den Zentner, und der Preis des Kleinverkaufs für das Pfund Zwiebeln um 1 Pf. erhöht wird. Die Kleinhandelshöchstpreise betragen daher für 1 Pfund: vom 15. Dezember bis 14. Januar 1917 einschl. 17 Pf., vom 15. Januar bis 14. Februar 1917 einschl. 18 Pf., vom 15. Februar bis 14. März 1917 einschl. 19 Pf., vom 15. März bis 14. April 1917 einschl. 20 Pf., vom 15. April 1917 ab 21 Pf.

Der Andrang zu den Vertriebsstellen für städtische Heringe ist ständig sehr groß. Es gehört ein großes Opfer an Zeit und Ausdauer dazu, einen städtischen Hering zu erstehen. In den Markthallen standen dieser Tage gegen 100 Frauen vor einem Stand.

Fische sind seit einigen Tagen nicht eingetroffen, obwohl es doch genügend geben soll, allerdings zu Preisen, die mit dem tatsächlichen Werte in keinem Verhältnis stehen.

Kein Burgfrieden gegen den linken Flügel der Sozialdemokratie!

Die offiziös bedienten Berliner Politischen Nachrichten schreiben zu der Frage des Burgfriedens:

„Die Stellung zu den Kriegskrediten und anderen Aufgaben der Kriegszeit, wie dem Vaterländischen Hilfsdienst, bezeichnet die feste und unüberschreitbare Grenzlinie, innerhalb deren es für die Wahlen keine Partei

gibt und demgemäß Burgfrieden im wahren Sinne des Wortes zu halten ist. Außerhalb dieser Grenzlinie stehen diejenigen Sozialdemokraten, welche sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft rechnen oder doch mit ihr in der Ablehnung der Kriegskredite übereinstimmen. Selbstverständlich erst recht diejenigen Sozialdemokraten, welche sich zu der sogenannten Spartakusrichtung bekennen, also abgesehen von der engeren Gefolgschaft Liebknechts, Mühlke, Mehring und Genossen. Die Schlussfolgerungen, welche aus diesen Vordersätzen für andere bevorstehende Nachwahlen, insbesondere auch die in dem Wahlkreise Osthavelland-Spandau-Potsdam zu ziehen sind, liegen auf der Hand."

Das ist deutlich und sehr kennzeichnend für die gesamten politischen Parteiverhältnisse. Wir finden, so bemerkt mit Recht der hallische Volksbote hierzu, daß sich der linke Flügel der Sozialdemokratie ob der grundsätzlichen und giftigen Verfolgung durch die kapitalistischen Parteien nicht zu schämen hat.

Das Abreiß-Gehirn.

(Eine Neujahrsbetrachtung über menschliches Denken.)

Vor einiger Zeit erlebte ich einige Tage mit einem Menschen, den ich ehemals für einen im Kampf um gleiche Ziele mit ernst verurteilten Kameraden gehalten hatte. Das glaubte ich zwar längst nicht mehr, aber in Erinnerung an frühere Freundschaft nahm ich die Gelegenheit wahr, um ihm ins Gewissen zu reden.

"Ihr Fehler ist," bemerkte ich, "daß an der Stelle, wo bei andern die Gesinnung als Zentrale des Denkens und Willens wirkt, bei Ihnen ein durch mangelnde Benutzung rudimentär gewordenen totes Organ sich befindet. Darum treibt ihre Intelligenz nicht von innen heraus, sondern sie muß sich irgendwo anlehnen. Sie sucht Schutz hinter und neben Mächten, die Sie mit Recht oder Unrecht für stark und zukunftsreich halten. Sie sind deshalb der geborene Offiziöser, Sie kämpfen immer im Schatten eines andern, wobei der Mann im Schatten bisweilen erst den Körper im Licht macht. Weil Sie selbst keine Ueberzeugung haben, betrachten Sie es als Aufgabe Ihres Wixes, fremden Ueberzeugungen oder richtiger fremden Interessen vernunftstählige Argumente zu liefern, wobei es nicht sowohl darauf ankommt, daß sie beharrlich, richtig, einheitlich sind, als vielmehr, daß sie grell genug klingen, um von der allgemeinen geistigen Taubheit gehört zu werden. Sie werden gewiß jeden Tag ein Dutzend klingender Gescheitheiten erfinden, sagen und schreiben, nur vergessen Sie, daß alle diese kleinen Gescheitheiten — summiert — eine große und klägliche Dummheit werden. Denn mit Pfiffen und Pfiffigkeiten macht man schließlich nicht Geschichte, sondern mit dem — dummen Herzen."

Der Kamerad von ehemals lächelte bei dieser Ansprache. Sein bescheidenes verlegenes Lächeln, das eine gewisse Genugtuung zu verraten schien, über den psychologischen Katastrophwand, den ich an seine Person angeopfert, und sich über das niederdrückende Gefühl, ungünstig beurteilt zu werden, weltmännisch mit der Eitelkeit hinwegsetzte, daß ihm immerhin das Zeugnis geistiger Ueberlegenheit zuteil geworden. Aber hinter dem gleichmütigen Lächeln lauerte irgendein böser Plan zukünftiger Vergeltung für die moralische Enttarnung und Züchtigung. Inzwischen gab er die Antwort:

"Was Sie mangelnde Gesinnung nennen, ist in Wahrheit, daß ich alle Ueberzeugungen für gleichberechtigt halte; man kann alles beweisen und alles widerlegen."

"Das ist eine zu wohlwollende Deutung," versetzte ich, allmählich mich erhaltend. "Sie verteidigen oder be-

kämpfen nämlich in einem und demselben Zeitraum durchaus nicht alle Ueberzeugungen; Sie nehmen vielmehr jeweils sehr entschiedene Stellung nach der einen oder der anderen Richtung. Nur sind Sie bereit, den Dienstag nicht wissen zu lassen, wovon Sie am Montag überzeugt waren, und Ihre Politik vom Mittwoch nicht zu verpflichten, daß sie bis zum Donnerstag vorhalten müsse. Sie spielen jeden Tag, wenn es sein muß, jede Stunde, eine andere Rolle, aber immer mit Brustton, immer mit hämischer Versidie gegen die Ihnen gerade im Wege stehende Ueberzeugung, obwohl Sie gar nichts glauben. Es ist also nicht ein Skeptizismus, der Sie alles verstehen und alles verzeihen lehrt, sondern Ihre verkommenste Gesinnung wird ersetzt durch sehr brutale Lebensinstinkte, die nach dem verneinten oder wirklichen Vorteil irgendwelcher Art gerichtet ist. Und erst wenn Sie um dieser äußeren Interessen willen — zu denen ich auch kleinen Ehrgeiz und niedrige Eitelkeit rechne — es für geboten halten, die Ansichten zu wechseln, belieben Sie sich auf die Natur Ihrer Intellektualität, auf Ihre all begreifende Skepsis zu besinnen."

Unser Gespräch wurde besieg und wir schieden in einem gewissen Haßgefühl. Kurze Zeit darauf gelangte der Kamerad von ehemals zu einer bedeutenden Stellung, und seine neuen Freunde rühmten ihm nicht ohne geheime Eifersucht nach, er übe eine unvergleichliche Macht aus.

Die Laufbahn meines alten Freundes mag denen zum Nachdenken dienen, die immer vom Glück ausgeperrt bleiben, bloß weil sie von der dummen Gewohnheit nicht loskommen können, Gesinnung zu haben und zu betätigen (die ihnen doch niemand glaubt), sich ihr Denken mühsam zu erarbeiten, dann aber stark und pedantisch so zu reden und so zu handeln, wie sie denken, anstatt sich fröhlich dem Winde zu überlassen, der gerade weht und treibt und alle Segel schwellt. Ich gebe zu, daß diese Menschengattung im Aussterben begriffen ist und vollblütige Exemplare nur noch vereinzelt anzutreffen sind. Dagegen ist als trauriger Rückstand vergangener Gesinnungsideologie dem Menschen gemeinhin das böse Gewissen geblieben, das sie überflüssigerweise jedesmal befällt, wenn sie ihre Meinungen dem Bedarf gemäß abtönen. Man muß nachgerade lernen, ohne zu vollziehen. Das verächtliche Wort, daß man die Ueberzeugungen wechsle wie die Hemden, ist genau betrachtet, ein Ruhm, denn es deutet auf Sinn und Sauberkeit: es sind doch reine frische Hemden, die man eintauscht!

Man befreie sich also endlich von solchen unzeitgemäßen Gewissensbissen und wage ganz zu sein, was jeweils von Vorteil ist. Aber freilich, es fehlt auf diesem Gebiete noch die durchgearbeitete geistige Organisation. Der Aberglaube, daß eine Kontinuität des Denkens erforderlich sei, herrscht insgeheim noch immer. Es ist auch nicht ganz einfach, in jedem Augenblick die erforderlichen neuen Ueberzeugungen ausfindig zu machen und sie als letzte ewige Wahrheiten ansündig zu begründen. Und doch läßt sich auf die bequemste Weise die tägliche Zufuhr von Meinungen sicherstellen: Durch den Abreißkalender. In seinem jetzigen Zustand ist diese wanderschmuckgewordene Zeit- und Raumanschauung sinnlos. Was nützt es uns, wann die Sonne auf- und der Mond untergeht, oder welchem Heiligen der Tag gewidmet sei! Haben wir einen Nutzen davon, zu erfahren, welcher große Sozialist vor hundert Jahren geboren oder schlimmer noch, welcher die Absicht habe, lebendig fünfzig Jahre alt zu werden? Küchenrezepte vollends sind heute blutige Verhöhnungen und Weisheitsprüche verschollener Denker und Dichter erinnern nur immer wieder peinlich daran, daß das Schwert zu sühnen habe, was die Feder gesündigt. Nein, der Abreißkalender muß unser Abreißhirn werden! Wir müssen täglich sicher wissen, was wir zu denken haben und warum wir es zu denken haben; und müssen täglich uns unserer laufenden Ueberzeugung mit dem Blatte, das wir wegwerfen, endgültig entledigen können.

Wer die nachfolgenden Blätter einer Durchsicht unterzieht, wird erkennen, wie wichtig ein solches Unternehmen ist. Ein besonderer Wert der angefügten Proben besteht noch darin, daß jede Ueberzeugung mit der Wucht schlechthin niederschlagender Allgemeinheit auftritt. In anderen Zeiten wählt man vielleicht zur Befestigung der eigenen und zur Einschüchterung der entgegenstehenden Ueberzeugung ethische Formeln: Nur ein Schuft wird bestreiten! . . . Heute ist die Angst, als Dummkopf zu gelten, größer als die Besorgnis, ein Lump gescholten zu werden. Es empfehlen sich also Anrufe an die Intelligenz . . .

1. J a n u a r. Nur ein Narr kann sich einbilden, die Entwicklung der Menschheit hinge ab von dem Zug der staatlichen Grenzen. Für das Glück der Menschheit ist es ganz gleichgültig, wie die Grenzen über den Erdball laufen. Das mögen sich unsere Annektionisten und Ueber-Annektionisten gesagt sein lassen, die Ströme von edelstem Blut vergießen wollen, nur um eines territorialen Zuwachses willen für das eigene Land. Welt Herrschaft ist Verödung und Grenzverrückung ist grenzenlose Verrücktheit.

2. J a n u a r. Wer nicht ein Kindstopp ist, muß sich klar darüber sein, daß nationale Erweiterung das höchste Gesetz der Geschichte ist. Nur der Kreiin wächst nicht. Völker, die nicht der Zahl und dem Gebiet nach sich ausdehnen, sind zum Untergang verurteilt. Nur allmächtige Hygmäen begeistern den edelsten Trieb der Nation, ins Weite sich auszudehnen. Das heißt nicht Annexion, das heißt nicht Eroberung — das wollen wir auch nicht! — das heißt das Naturrecht auf freie Entfaltung völkischer Kraft.

3. J a n u a r. Man muß einen Mittelweg gehen zwischen Annektionspolitik und dem Status quo ante nationaler Verkaltung, wie es auch einen natürlichen Ausgleich zwischen rohem Eroberungswillen und utopischer Selbstbestimmung gibt. Sollten wirklich noch irgendwo Leute von so schwacher Begabung existieren, die nicht zu der Einsicht fähig sind, daß es die Aufgabe des Staatsmannes ist, Zug um Zug solange zu verhandeln, bis die realen Garantien für das eigene Land gewonnen sind, ohne daß der Gegner seinerseits an realen Garantien einbüßt; und bis notwendige Veränderungen der Grenzen und der Verfassungen in der Weise vollzogen werden, daß der fremde mit dem eigenen, richtig verstandenen Willen zusammenfließt.

NB. Bei dem zur Gewinnung der Kalenderblätter unternommenen Preisaus schreiben wurde dieses Blatt gekront!

4. J a n u a r. Im Wettkampf der Völker entscheidet nicht die physische Gewalt, sondern der Geist. Der Krieg, das Maschinengewehr, die Kanone, die Blausäurebombe ist ein untaugliches Mittel, um kulturelle Ueberlegenheit zu erhärten. Die militärische Niederlage ist kein Beweis minderen Rechts, wie der militärische Krieg nicht die Kraft einer höheren Rasse oder Volksgemeinschaft offenbart. Im Gegenteil. Schon die natürliche Volksüberlieferung begab die Riesen mit — Riesendummheit. Es gibt auch heute noch solche Riesen!

5. J a n u a r. Der Kampf mit sogenannten geistigen Waffen führt (nur Idioten, die aus der Geschichte nichts gelernt haben, leugnen es) naturnotwendig zur allgemeinen Entartung. Nur in dem körperlichen Ringen wehrhafter Männer und reifiger Völker offenbart sich die sittliche Ueberlegenheit und der Wille der Goitzeit.

6. J a n u a r. Solange es eine Geschichte der Menschheit gibt, erweist sich der Krieg immer wieder als der Jungbrunnen aller idealen Kräfte, als Stahlbad gegen Verweichlichung, Selbstzucht, Laster. Ebenso sicher aber ist für jeden, der auch nur das ABC menschlicher Bildung notdürftig beherrscht, daß der Krieg das schrecklichste aller Verbrechen ist, dessen Blutschuld für alle Ewigkeit auf den Verantwortlichen lastet, wie denn seit jeher der Krieger mit dem goldenen Lorbeer bekränzt wird und der Tod im Kampfe als das preiswerteste Glück gilt. Der frische, fröhliche

Wagemut, der erobert und zerstört, was für den Untergang reif, ist die Tugend von Männern, nur Feiglingen mag es genügen, den eigenen Herd zu schirmen, den anzugreifen die Rache edler Patrioten wider die Frechheit zügelloser Soldateska herausfordert.

7. J a n u a r. Heute ist mehr denn je die Ueberzeugung lebendig — und nur in völlig verfinsterten Köpfen ist die Erkenntnis noch nicht eingedrungen — daß die öffentliche Tribüne eines freien, vom ganzen Volke kontrollierten Parlamentes die einzige Schutzwehr gegen die Gefahren der Geheimdiplomatie, gegen die Intrigen kapitalistischer, militaristischer, höffischer Cliquen darbietet. Das Volk siegt, das in voller Offenlichkeit sein Denken und Wollen mit unbestechlicher Kritik und rücksichtsloser Konsequenz zu bekunden wagt.

8. J a n u a r. Einige schwachbedürftige eitle Worthelden fordern Aussprache im Parlament. Haben denn diese Leute immer noch nicht begriffen, daß jetzt die Tat das Wort hat und nicht das Wort die Tat; daß sie durch ihre Forderung auf parlamentarische Diskussion die Geschäfte des Auslands betreiben und außerdem sich von den Parteigegnern im Lande düpiert lassen, wenn sie auch denen Gelegenheit geben wollen, ihre Forderungen zu proklamieren? Jetzt gilt es, ist das Vaterland zu schweigen und zu — handeln.

9. J a n u a r. Nur ein Kindstopp, ein Narr, ein Idiot kann behaupten oder bestreiten . . . A. G.

Aus der Partei.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

„Die Leitung der Kieler Parteio rganisation wollte dem Abgeordneten des Kreises, dem Genossen Regien Gelegenheit geben, die Vorzüge des Hilfsdienstgesetzes seinen Wählern vor Augen zu führen. Große Vorbereitungen waren getroffen, Regien sollte in dem Arbeiterstadteil Gaarden und im Kieler Gewerkschaftshause sprechen. Zu beiden Versammlungen rechnete man mit riesigem Zustrom, hatte man doch in Kiel sogar sämtliche Fische aus dem Saal geräumt. Doch es kam anders. In Gaarden, wo Arbeiter an Arbeiter wohnt, erschienen zirka 130, in Kiel zirka 500 Personen, die Hälfte des Saales gähnte in demonstrativer Leere. Im Vergleich zu anderen Versammlungen ein Beweis dafür, daß die hiesige Arbeiterschaft es satt hat, sich die Reden „dieser“ Genossen anzuhören.

Zu Beginn der Versammlung stellte ein Genosse an Regien die Anfrage, womit er glaubt, es rechtfertigen zu können, daß er seinerseits den „Vorwärts“, das für ihn zuständige Parteior gan, abstellte. Regien erwiderte, daß er den „Vorwärts“ solange nicht gelesen habe, als derselbe das Zentralorgan der Arbeitsgemeinschaft war, jetzt, wo er wieder Zentralorgan der Partei sei, ist er auch wieder Abonnent desselben. Man jagte ihm, daß man in Kiel mit demselben Recht gegen die „Volkzeitung“ agitieren könne, durchschlagende Gründe konnte er auch auf eine zweite Frage nicht beibringen.

Was die Ausführungen Regiens zum Hilfsdienstgesetz angeht, so enthielten sie Ansichten, die einer besonderen Behandlung wert wären, die aber an dieser Stelle nicht möglich ist. Eine Resolution im Sinne der Mehrheit wurde auf Grund der Zusammenjehung der Versammlung, die ja zum größten Teil nur aus eingeschworenen Anhängern der Mehrheit bestand, angenommen.

Die Reichstagskandidatur in Spandan-Osthavelland macht dem Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg große Kopfschmerzen, obwohl es zunächst Sache der Genossen des Kreises war und auch jetzt noch ist, Kandidaten für die in Frage kommenden parlamentarischen Körperschaften zu suchen und aufzustellen. Diesmal paßt dem Bezirksvorstand der mit Mehrheit aufgestellte Kandidat Genosse Franz Mehring nicht. Der Bezirkssekretär Wels hatte an

Der letzten Kreis-Konferenz, die sich mit der Kandidatenfrage beschäftigte, erklärt, er erhebe gegen die Art der Nominierung des Kandidaten Einspruch. Als Grund wurde geltend gemacht, daß die Abstimmung keine korrekte gewesen sei. Darüber zu bestimmen, ist aber ausschließlich Sache der Konferenz und geht den Bezirkssekretär nichts an, ebensowenig den Vorstand der Provinz Brandenburg. Nun hat sich auch der Bezirksvorstand mit der Angelegenheit befaßt. Als Ergebnis seiner Beratungen ist eine langatmige Erklärung veröffentlicht worden, die dahin geht, daß von einem Einspruch zwar abgesehen wird, daß aber die Verantwortung für die aus der Kandidatenfrage entstehenden Folgen auf die Genossen abgewälzt wird, die die Aufstellung des Genossen Mehring beschlossen haben.

Bisher war es im Parteileben anders. Wenn eine Beschlusfassung auch in Personenfragen erfolgt war, galt es, die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, auch für die Genossen galt das, die mit den gefassten Beschlüssen nicht einverstanden waren. Anders können Aktionen in der Partei nicht ermöglicht werden. Wäre vom Bezirksvorstand in diesem Sinne Stellung genommen worden, so würde die Stellung unserer Partei im bevorstehenden Wahlkampf den bürgerlichen Gegnern gegenüber eine weit günstigere geworden sein, als sie es jetzt nach dieser Erklärung ist. Die Erklärung schwächt den Kampf ab und enthüllt die sonderbarsten Auffassungen über das Wesen unseres Kampfes.

Reinhold Schulz gestorben. Am 30. Dezember verstarb nach längerem Leiden der Genosse Reinhold Schulz in Vohnsdorf. Reinhold Schulz war einer jener Genossen, die den anderen stets zum Vorbild dienen konnten. In seiner 25-jährigen Parteizugehörigkeit war er immer bestrebt, sein Bestes für die Partei herzugeben und an ihrem Aufbau nach Kräften mitzuarbeiten. Seit fünf Jahren vertrat er auch die Interessen des Proletariats im Vohnsdorfer Gemeindeparlament, wo er sich durch sein mannhaftes Auftreten die Achtung seiner Wähler im vollsten Maße errang. Reinhold Schulz, der seit 12 Jahren als Lagerhalter der Konsumgenossenschaft tätig war, hatte sich während seiner Heeresdienstleistung vor etwa einem Jahre ein schweres Leiden zugezogen, dem er nun erlegen ist. Sein Andenken wird bei den Genossen, die ihn kannten, immer hoch in Ehren stehen.

Gemeindevertreterwahl der III. Abt. Berlin-Brig.

Leider haben unsere am 29. 10. 16 gewählten Kandidaten Albert Löwenthal und Paul Hoffmann nachträglich die Wahl aus bestimmten und von der Gemeindevertretung als stichhaltig erklärten Gründen abgelehnt.

Wir sind nun laut amtlicher Bekanntmachung gezwungen, am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags von 12-2 Uhr, in der Turnhalle, Werderstraße 24, neue Vertreter zu wählen.

Als alleinige Kandidaten der Sozialdemokratie (Arbeitsgemeinschaft) sind zu wählen:

Rudolf Lübeck, Eigentümer,
Werderstraße 7,

Ernst Kestel, Drechsler
Hannemannstraße 36 b.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Aus den Organisationen.

I. Kreis, 1. Abteilung. Wegen Schließung des Lokals von Stein, An der Stralauer Brücke 3, findet am Mittwoch, den 10. ds. Mts., der Jahlabend im Lokal des Genossen Reguhl, Bischofstr. 12, statt.

Indem wir bitten, die Lokalveränderung zu beachten, ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Die Gruppenleitung.

Pankow. Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 Uhr, gemeinsamer Jahlabend bei Meißner, Schloßstraße 2. Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz. Die Nieder-Schönhauser Genossen sind hierzu eingeladen.

Die Bibliothek des Wahlvereins ist Kreuzstr. 14 bei Gatzmann. Ausgabe der Bücher Mittwoch und Sonnabend von 8-9 Uhr abends.

Treptow-Baumschulenweg. Am Mittwoch, den 10. Januar, findet statt des Jahlabends wieder eine Mitgliederversammlung bei Kubat in Treptow, Parkstraße 2, statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der am 7. Januar stattfindenden Reichskonferenz. Referent wird in der Versammlung bekanntgemacht. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit ist ein guter Besuch der Versammlung unbedingt notwendig. Beiträge werden auch in der Versammlung entgegengenommen.
Der Vorstand.

Mariendorf. Einen „Kunstabend“ in der Aula des Realgymnasiums veranstaltet Sonntag, den 14. Januar, abends 6 Uhr, der Bildungsausschuß. Lieder zur Laute, Rezitationen und andere künstlerische Darbietungen, von Künstlern mit Namen zum Vortrag gebracht, garantieren für genutzreiche, erbauende Stunden. Der Eintritt beträgt 30 Pf. und sind Karten jetzt schon bei den Bezirksführern, im Konsumladen und an allen im Plakat ersichtlichen Stellen zu haben.

Rosenthal-Niederschönhausen West. Der Jahlabend am 10. Januar fällt aus, dafür am Sonntag, 14. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Genossen Milbrodt, Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung.
J. A.: Otto Juncker.

Die Geschäfte des Bezirks-Bildungsausschusses und der Arbeiterbildungsschule werden vorläufig vertretungsweise vom Vorsitzenden des Bezirks-Bildungsausschusses, Genossen Ernst Däumig, versehen. Derselbe ist in der Regel nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr anzutreffen im Sekretariat des Bezirks-Bildungsausschusses. Brieffsendungen in Bildungs- und Schulanangelegenheiten sind an seine Adresse, Sekretariat des Bezirks-Bildungsausschusses Groß-Berlin (Berliner Verbandsbureau), SW. 68, Lindenstraße 3, 3. Hof rechts, 3 Treppen, zu richten.

Vereins-Veranstaltungen.

Der Gesangsverein „Männer- und Frauenchor Ost“ veranstaltet am 4. Februar 1917, abends, in der Stadthalle ein Konzert zum Besten der Kinderschutzkommission. Das Programm wird in dem nächsten Mitteilungsblatt bekannt gegeben. Der Eintrittspreis beträgt inkl. Garderobe 60 Pf. Der Billetverkauf findet durch die Kreisorganisationen und die Stellen statt, die noch bekannt gegeben werden.

Im Auftrage der Kinderschutzkommission:
M. Demning.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 7. Januar, vorm. 9 Uhr, Pappelallee 15/17; Neukölln, Idealcasino, Weichselstraße 8; Ober-Schöneweide, Clarastraße 2 Freireligiöse Vorlesung. Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, Kl. Frankfurterstraße 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: Die Sittlichkeit der Menschenorganisationen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Nach in diesem Jahre hat der Vorstand zur Weihnachtsbescherung der Kinder bis zu 12 Jahren der

im Felde sich befindenden Väter, Sammellisten ausgegeben, welche durch die rege Tätigkeit der Genossen und Genossinnen, sowie durch einen Zuschuß der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger eine größere Summe eingebracht hat. Zur Weihnachtsbescherung meldeten sich 44 Frauen mit 70 Kindern, jedem Kind konnten 10 Mark, und 10 Frauen, deren Männer gestorben sind, ebenfalls 10 Mk. überwiesen werden.

Der größte Teil der Genossen, die als freiwillige Krankenpfleger hinausgegangen sind, sind zum Militär eingezogen, so daß noch 18 Genossen sich dort befinden, 27 Genossen sind jetzt alte und neue Mitglieder eingezogen und 11 zurückgekehrt.

Ferner sind die Genossen G. Wolff, Görich und H. Toppel verwundet und Genosse Schnabel vermißt. Gestorben sind die Genossen Henkel und Kuhle, sowie die Genossinnen Frau Hentschel und Frau Quittschau.

Aus der Kinderschuttkommission.

In ihrer überaus schwierigen Tätigkeit bei der Feststellung unerlaubter Kinderbeschäftigung finden unsere Genossinnen nicht immer den Rückhalt bei den Genossen, dessen sie jetzt in der schweren Zeit des Krieges notwendig gebrauchen, sollen ihre Anstrengungen von einem praktischen Erfolg gekrönt sein. Denn gerade jetzt in der Kriegszeit, wo der Ausbeutung Tor und Tür geöffnet ist, begegnen wir trübem Bildern sozialen Elends. Nicht nur, daß die Frauen in das Erwerbsleben hineingezogen werden, auch die Kinder der Arbeiterklasse werden jetzt zu Tausenden beschäftigt bei Botengängen, als Laufburschen in größeren Geschäften, oft den schweren Handwagen mit sich ziehend, in Fabriken, überall finden wir die Kinderbeschäftigung und Ausbeutung. Wer Gelegenheit hat, in die Wohnungen der Hinterhäuser der Arbeiterviertel hineinzusehen, der kann sehen, wie fleißig Kinderhände bei der Heimarbeit auf Kriegsmaterial sein können. Unterernährt, durch die bittere Not des furchtbaren Krieges getrieben, sitzen diese armen kleinen Wesen vornübergebeugt in licht- und luftlosen Wohnungen und helfen der Mutter, welche oft bis in die Nächte arbeitet, um etwas zu verdienen. Auskünfte folgender Art sind die Regel: Vater im Felde, oder gefallen, die Mutter muß fünf Kinder ernähren. Bittere Not spricht aus allen solchen Fällen. Und schwer fällt es unseren Mitgliedern, auf strengste Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu bestehen. Jedem fühlenden Menschen, jedem ehrlichen Kinderfreund krampft sich das Herz zusammen, wenn er sieht, wie diese unschuldigen Kleinen im Sumpfe des Elends an Leib und Seele verkümmern, wie sie ihr natürliches Recht auf Schutz, Erziehung, Jugendglück und Lebensfreude niemals kennen lernen.

Parteienossen und Genossinnen! Denkt an diese unzähligen armen Proletarietkinder. Sorgt dafür, daß die bestehenden mangelhaften gesetzlichen Kinderschutzbestimmungen durchgeführt werden im Interesse der kommenden Generationen der Arbeiterklasse. In Fällen von Ausbeutung, Vernachlässigung, Verwahrlosung und Mißhandlung bitte wenden sie sich an die angegebenen Adressen:

I. Kreis.

Frau Emilie Richter, Berlin NW. 6, Karlstr. 11.

II. Kreis.

Ottillie Schröder, SW. 61, Barutherstr. 12 v. III.

III. Kreis.

Frau Martha Schröder, Berlin SW. 68, Ritterstr. 56.

IV. Kreis.

Frau Else Bongars, Beynestr. 29.
 Frau Johanna Kulff, Döckstr. 4.
 Frau Margarethe Göke, Rotherstr. 2.
 Frau Luise Meyer, Barshauerstr. 20.
 Frau Kaczmarek, Mariannenstr. 37.
 Frau Thiele, Skalitzerstr. 15.
 Bernhard, Waldemarstr. 70.
 Frau Hoffmann, Vogtstr. 12.
 Frau Stielke, Stralauer Allee 29 a.
 Frau Fischer, Elbingerstr. 68.
 Frau Emma Döls, SO. 36, Forsterstr. 44, Vorsitzende.

V. Kreis.

Frau Rosa Wollstein, Berlin NO. 43, Pichmannstr. 5.
 Frau Walter, Berlin NO., Naugarderstr. 43, Hof IV.
 Frau Ritte, Berlin NO., Winsstr. 54, v. III.

VI. Kreis.

Minna Lohse, Oderbergerstr. 20, v. IV, Vorsitzende.
 Frau Druks, Christinenstr. 33.
 Frau Döring, Brunnenstr. 146, v. I.
 Frau Minna Ortwein, Franzosistr. 28.
 Frau Frieda Krämer, Stolpischestr. 23.
 Frau Lorenz, Rhinowerstr. 7.
 Frau Elise Gudłowski, Grauenstr. 23.
 Frau Minna Müller, Putbusserstr. 4.
 Frau Luise Toepeke, Stephanstr. 56.
 Frau Maria Joseph, Gorkowskystr. 2.
 Frau Alara Komowski, Beusselstr. 48.
 Frau Wittstodt, Wilhelmshavenerstr. 14.
 Frau Frieda Klein, Triftstr. 42.
 Frau Emma Marfus, Soldinerstr. 19.
 Frau Beyland, Christianiastr. 99.
 Frau Lüd, Führerstr. 9.
 Frau Marie Verner, Genterstr. 2.

Teltow-Beeskow.

Ablershof, Bertha Zabel, Bismarckstr. 31.
 Alt-Glienick, Frau Christine Kuhn, Köpenickerstr. 6.
 Baumshulenberg, Frau Helene Naak, Behringstr. 33.
 Britz, Frau Hermine Krüger, Jahnstr. 76.
 Charlottenburg, Frau Henriette Schulz, Franklinstraße 17.
 Cöpenick, Frau Hedwig Fischer, Kaiser Wilhelmstr. 10.
 Friedenau, Frau Marie Grüneberg, Saarstr. 20.
 Gr.-Lichterfelde, Frau Franziska Wenzel, Chausseestraße 62.
 Königswusterhausen, Frau Minna Haug, Amtsgarten 3.
 Johannisthal, Frau Luise Gonschur, Parkstr. 6.
 Lankevitze, Frau Rosa Modrak, Charlottenstr. 47.
 Mariendorf, Frau Anna Bauer, Bismarckstr. 4.
 Neukölln, Frau Margarete Pieritz, Siegfriedstr. 15.
 " Frau Helene Wille, Bürtnerstr. 24 a.
 " Frau Frieda Bemme, Weichselstr. 48.
 " Frau Anna Lehmann, Weichselstr. 53, v. III.
 " Frau Eistel, Weichselstr. 7.
 " Frau Marta Böcker, Donaustr. 131.
 " Frau Luise Rett, Elbestr. 33.
 " Frau Luise Meier, Weserstr. 47.
 " Frau Anna Lampka, Fuldastr. 14-15.
 " Frau Auguste Pohl, Innstr. 28.
 " Frau Agnes Wagner, Bertelsdorferstr. 11.
 " Frau Hochow, Bertelsdorferstr. 11.
 " Frau Luise Polenske, Juliusstr. 70.
 " Frau Wilhelmine Wüstorf, Siegfriedstr. 30.
 " Frau Minna Wendlich, Bodestr. 34.
 " Frau Haase, Bodestr. 14.
 " Frau Alma Schirlich, Zietzenstr. 21.
 " Frau Tretbar, Reuterstr. 6.
 " Frau Hannemann, Fontanestr. 25.
 " Frau Ottillie Kuff, Lichtenraderstr. 22.

Niederschöneweide, Frau Berta Radzinweit, Brückenstraße 3.

Nowawes, Frau Anna Reipert, Turnstr. 31.

Schöneberg, Frau Dr. Röder, Innsbruderstr. 30.

Stealitz, Frau Mathilde Hüfer, Fregestr. 38.
 Tempelhof, Frau Martha Hüf, Kaiserin Augustastr. 78.
 Trepfow, Herr Paul Scholz, Gräßstr. 63.
 Wilmerzdorf, Frau Elise Bahr, Duisburgerstr. 2.

Nieder-Barnim.

Borsigwalde, Frau Emma Raab, Charlottenburger-
 straÙe 45.
 Bernau, Frau Auguste Bodgahn, Weinbergstr. 57 a.
 Buchholz, Frau Martha Risch, Panfstr. 6.
 Friedrichsfelde, Frau Anna Gebhardt, Walderseestr. 43.
 Friedrichshagen, Frau Selma Schwarz, Seestr. 88.
 Hohenschönhausen, Frau Marie Bolafke, Briezener-
 straÙe 19.
 Kaulsdorf, Frau Hulda Tzipper, Biesdorf, Dorf-
 straÙe 53 a.
 Pichtenberg, Frau Anna Gwenewald, Krossenerstr. 18.
 " Frau Luise Demento, Margaretenstr. 23.
 " Frau Anna Classe, Weserstr. 30.
 " Frau Kahler, Eitelstr. 35, v., I.
 " Frau Emma Korjch, Rittergutstr. 25, III.
 " Frau Schübe, Doffestr. 22, I.
 Niederschönhausen, Frau Emma Rehbein, Waldstr. 21, I.
 Oberschöneweide,
 Oranienburg, Frau Elise Born, Rungestr. 17.
 Pantow, Frau Elisabeth Wunderlich, Behmestr. 58.
 Pantow, Frau Bohn, Kaiser Friedrichstr. 68.
 Reinickendorf-Nst, Frau Seidel, Raschdorffstr. 12.
 Reinickendorf-West, Frau Martha Ehlert, Berliner-
 straÙe 108.
 Rosenthal, Frau Alma Helwig, Niederschönhausen,
 Sachsenstr. 8.
 Schöneiche, Frau May, Fichtenau, Moltkestr. 13.

Tegel, Frau Bertha Domaschka, Am Bahnhofplatz 1.
 Waidmannslust, Frau Frieda Forst, Hermsdorf,
 Wilhelmstr.
 Weißensee, Frau Luise Schlee, Langhansstr. 136.
 Vorsitzende: Frau Luise Bedelt, Oberschöneweide,
 Edisonstr. 44.

Das Bureau der Kinderschutzkommission ist ge-
 öffnet Montag, Mittwoch und Freitag vormittags von
 9—1 Uhr. Als 1. Vorsitzende ist gewählt: Marta
 Demming, als 2. Vorsitzende Marta Joseph. Alle
 Zuschriften sind an die Zentrale, Lindenstraße 3, zu
 richten.

Buchdruckerei
Maurer & Dimmick
 SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:
 Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets —
 Mitgliedsbüchern — Programmen
sowie sämtlichen Drucksachen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 16. Januar 1917, abends 8½ Uhr:

Zwei Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23-24.

Frankes Festsäle, Badstraße 19.

Tagesordnung: 1. Die Partei und ihre Strömungen. 2. Diskussion.

Referenten: Reichstagsabgeordneter Ewald Vogtherr und Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel.

Dienstag, den 23. Januar 1917, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Stadt-Theater“, Alt-Moabit 47.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Bezugspreis monatlich 1 Mark, Bestellseld 14 Pfg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am 23. Dezember 1916 verstarb im 66. Lebensjahr nach kurzer Krankheit unser Parteigenosse, der Schneider

Johann Moranz.

Bezirk 98, 99.

Der Verstorbene stand ein Menschenalter im Dienste unserer Partei. In ununterbrochener Kleinarbeit wirkte er unermüdblich für unsere Organisation. Die Genossen werden sein Andenken in Ehren halten.

An den Folgen einer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, starb unser Genosse, der Restaurateur

August Schulze, Camphausenstr. 1.

Bezirk 124.

Der Bezirk 126 verlor durch den Tod den Genossen, Tischler

Gotthold Gaskrock, Dieffenbachstr. 32.

Ehre ihrem Andenken!

3. Wahlkreis.

Am 27. Dezember 1916 verstarb in Beelitz unser Genosse

Bernhard Lühr, Waldemarstr. 28.

Ehre seinem Andenken!

4. Wahlkreis.

Am 28. November verstarb unser Genosse, der Maler

Carl Frank, Naunynstr. 2.

Ehre seinem Andenken!

6. Wahlkreis.

Im Dezember verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Friedrich May

Waldstr. 17, 14. Abt. Bz. 699.

Am Freitag, den 22. Dezember, verstarb unser Genosse, der Kermacher

Max Bünger

Lynarstr. 4, 16. Abt. Bz. 749.

Am Sonnabend, den 30. Dezember, verstarb unser Genosse, der Metallschleifer

Karl Sponholz

Fransectistr. 19, 3. Abt. Bz. 520.

Ehre ihrem Andenken!

Wahlverein Berlin-Bohnsdorf.

Am 30. Dezember beschloß unser lieber Genosse, der Lagerhalter

Reinhold Schulz

sein Leben im Alter von 44 Jahren.

Sein ehrlicher, guter Charakter wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 2. Dezember fiel im Alter von 26 Jahren der Schlosser

Friedrich Neubauer

Manteuffelstraße 124, Bezirk 171.

Am 16. Dezember fiel im Alter von 36 Jahren der Arbeiter

Gustav Raschpichler

Manteuffelstraße 114, Bezirk 171.

Am 18. Dezember fiel im Alter von 23 Jahren der Tapezierer

Albert Minuth

Eckertstr. 13, Bezirk 353 II.

Am 19. Dezember verstarb an den Folgen des Krieges im Osten unser Bezirksführer

Ernst Valent

Goldapstr. 5, Bezirk 432.

Wahlverein Henköltn.

Als Opfer des Weltkrieges fiel im Alter von 39 Jahren unser Mitglied, der Schriftsetzer

Fritz Gundelach

Münchener Straße 45, 5. Bezirk.

Am 6. Dezember 1916 verstarb in Frankreich im Feldlazarett Nr. 17 unser Mitglied, der Genosse

Paul Vieleke

geb. am 19. Juli 1889 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Reuterstr. 16 (23. Bezirk).

Ehre ihrem Andenken!

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Sektion der Lagerhalter.

Nachruf!

Am Sonnabend, den 30. Dezember 1916, starb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Lagerhalter

Reinhold Schulz

in Bohnsdorf im Alter von 44 Jahren.

Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Sektionsleitung.

Dankagung.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten, sowie Herrn Reichstagsabgeordneten Otto Büchner für die lieben, trostreichen und kraftvollen Worte bei der Beisetzung meiner lieben Frau

Gertrud Tener

geb. Ebeler

sage hiermit im Namen aller Hinterbliebenen meinen innigsten Dank.

Der trauernde Gatte

Wilhelm Tener.